

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großherzogtum Sachsen-Meiningen.

Besitzungspreis mit illustrierter Beilage *Volk und Zeit* für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.—Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.—Mark ohne Beilegemarkt. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon: Sammelnummer 72208 — Postkonto Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon: 72208. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

Interratenpreise: Die 10g. Pf. Kolonelzeile 35 Pf., bei Blattvorricht 40 Pf.
Stellenangebote 10 Pf. Kolonelzeile 25 Pf. Familiennotizen von Privaten
die 10 Pf. Kolonelzeile mit 50% Nachdruck. Reklameseite 2 Mt. Interrate v. ausw.:
die 10 Pf. Kolonelzeile 40 Pf. bei Blattvorricht. 50 Pf. Reklameseite 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Aussträger, untere Zweigställe und alle Postanstalten entgegen.

Sozialdemokratischer Sieg in Thüringen.

Die Mehrheit des Ordnungsbloces gebrochen.

30 Bürgerliche, 18 Sozialdemokraten, 8 Kommunisten.

Tu. Weimar, 31. Januar.

Der Landeswahlleiter des Landes Thüringen gibt folgendes vorläufige amtliche Ergebnis der thüringischen Landtagswahlen bekannt:

Zahl der abgegebenen Stimmen: 815 038. Daraus entfielen auf die	
Liste 1 (Einheitsliste)	270 625 = 19 Mandate,
Liste 2 Sozialdemokraten	233 755 = 18 Mandate,
Liste 3 Kommunisten	113 470 = 8 Mandate,
Liste 4 Komm. Arbeitsgemeinschaft	3 874 = 0 Mandate,
Liste 5 Nationalsozialisten	29 918 = 2 Mandate,
Liste 6 Deutschnationalen	9 137 = 1 Mandat,
Liste 7 Demokraten	25 531 = 2 Mandate,
Liste 8 Wirtschaftspartei	75 500 = 5 Mandate,
Liste 9 Später, Außerter	23 156 = 1 Mandat,
Zusammen:	56 Mandate.

Nach diesem amtlichen Ergebnis hat also die notwendige Stimmenzahl nicht erreicht werden können, die die Zahl der Abgeordneten im neuen Landtag auf 30 beschränkt hätte. Der neue Landtag wird 28 Abgeordnete (bisher 72) zählen. Die Resultatverrechnung zwischen den Bürgerlichen und Nationalsozialisten hat gezeigt, daß die Nationalsozialisten nur zwei, die Bürgerlichen dagegen einen Sitz erlangten. Das prozentuale Verhältnis zwischen den Bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten und Kommunisten ist demnach 53,5 zu 46,5.

Über das Wahlergebnis berichtet der Soz. Pressedienst aus Weimar: Der thüringische Landtagswahlkampf hat am Sonntag bei einer Wahlbeteiligung von 70 Prozent ohne Zwischenfälle abgelaufen. Insbesondere kann die Sozialdemokratie mit dem Ausgang dieses Kampfes zufrieden sein. Sie hat fast überall an Stimmen gewonnen, während die Kommunisten im Vergleich mit den letzten Wahlen verhältnismäßig große Verluste erlitten haben, die Antisemiten geradezu katastrophal niedergeschlagen wurden und schließlich auch der bisher regierende Ordnungsbloc seine Mehrheit verlor.

Das endgültige amtliche Wahlergebnis dürfte voraussichtlich

lich erst in einer Woche vorliegen. Das ist hauptsächlich auf die variable Gestaltung der Abgeordnetenziffer, ferner auf die Listenverbindungen und die Verteilung der Abstimmungen zurückzuführen. Immerhin dürfte sich an dem vorläufigen Ergebnis kaum wesentlich etwas ändern. Danach hat die Liste des Ordnungsbloces, die aus Deutschnationalen, Deutschen Volkspartei und Landbund besteht, bei 270 625 Stimmen gegen 233 755 Stimmen bei den letzten Landtagswahlen nur noch 19 Abgeordnete zu erwarten. Die Antisemiten sind insgesamt von 84 000 Stimmen auf 30 000 Stimmen zusammengezogen und werden nur noch mit drei Mandaten wiederkehren, an ihrer Spitze natürlich der Antisemitisch-Dinter. Die neuauftretende Wirtschaftspartei brachte es auf 75 000 Stimmen und fünf Mandate, und zwar in erster Linie auf Kosten der Demokraten und des Ordnungsbloces. Auch die Aufwertungspartei marschierte das extrem selbstständig auf. Sie konnte 28 156 Stimmen buchen und wird ein Mandat erhalten. Was die Kommunisten anbelangt, so werden sie sich in dem neuen Landtag nur mit 8, statt bisher mit 13 Stimmen abheben müssen. Sie erzielten gegen 162 000 Stimmen, bei der letzten Wahl nur noch 113 470 Stimmen, es sind ihnen also fast 30 000 Wähler davongelaufen. Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft brachte es nur auf 3 874 Stimmen und geht damit vollkommen leer aus.

Die Sozialdemokratie wird im Vergleich zu allen anderen thüringischen Parteien trotz der Verschärfung des Parlamentsvertrags im Landtag erscheinen. Ihre Abgeordneten, die bisher 23 Prozent der Abgeordnetenzahl bedeuten, stellen jetzt 13 Prozent der parlamentarischen Macht dar. Ihre Wählerkraft hat sich etwa 20 Prozent Wahlbeteiligung gegenüber 90 Prozent im Jahre 1924 um mehr als 50 000 erhöht. Nach wie vor markiert sie an der Spitze aller thüringischen Parteien. Ihre Stärke ergibt sich daraus, daß sie an dem aus mehreren Parteien bestehenden und wesentlich stärkeren Ordnungsbloc zahlenmäßig wieder heranzieht.

Die durch die Wahlen hervorgerufene politisch-parlamentarische Konstellation ähnelt in mancher Beziehung dem Ergebnis der letzte erfolgten sächsischen Landtagswahlen. Auch in Thüringen ist durch das Ergebnis der gestrigen Wahlen eine soziale Regierungsmehrheit nicht ohne weiteres gegeben. Die Sozialdemokratie hat sich in jeder Beziehung ihre Handlungsfreiheit gewahrt. Sie ist festgelegt weder nach der einen oder anderen Seite und wird zu entschiedenen Befreiungen zusammentreten, sobald sich die Gelegenheit hierzu bietet.

Die Probe aufs Exempel.

Der erste Schlag gegen den Bürgerblock.

Die Thüringer Arbeiterschaft hat dem Bürgerblock die erste schwere Niederlage beigebracht. In Thüringen herrschte der Bürgerblock unter dem Namen einer "Ordnungsregierung" seit dem Jahre 1924. Durch die Entscheidung der Wähler ist der Ordnungsbund von 422 246 Stimmen, die er bei der Landtagswahl am 10. Februar 1924 erhielt, auf 270 625 zurückgegangen. Dabei ist freilich zu bemerken, daß die Demokraten, die damals dem Ordnungsbund angehört waren, diesmal selbstständig in die Wahlen gingen und doch auch die Wirtschaftspartei eine eigene Liste präparierte.

Die Sozialdemokratische Partei ist auf 253 000 Stimmen angewachsen, während sie am 10. Februar 1924 nur 203 456 Stimmen zu erringen vermochte. Das ist ein Zuwachs um 50 000 Stimmen, der freilich verringert wird, wenn man die Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 dagegenstellt. Damals steigerten sich die sozialdemokratischen Stimmen auf rund 250 000. Immerhin bleibt ein Plus von 3 000 neu gewonnener Stimmen und dieser Gewinn fällt um so schwerer ins Gewicht als gegenüber den Februarwahlen die Wahlbeteiligung um rund 20 Prozent zurückgegangen ist. Die verminderte Wahlbeteiligung hat den Arbeiterparteien keine Verluste gebracht, während anderseits der Ordnungsbund bei nahe 40 Prozent seiner gesamten Stimmen verlor.

Auch die Kommunisten vermochten die Resultate vom Februar 1924 nicht mehr zu erreichen, sie haben einen Rückgang von rund 50 000 Stimmen zu verzeichnen gehabt. Iwar man der Montags-Abgeleger der Roten Fahne aus den Wahlen einen "kommunistischen Sieg", weil nämlich die Thüringer Kommunisten im Vergleich zu den Jäfern der Dezemberwahlen insgesamt rund 5 000 Stimmen gewonnen haben. Das freilich ändert nichts an der Tatsache, daß sie 6 Mandate verlieren werden, während die Sozialdemokratische Partei noch einen Sieg gewinnt. Dabei ist zu beachten, daß die Zahl der Abgeordneten im Thüringer Landtag von 72 auf 56 vermindert wurde. Trotzdem gewinnen die Sozialdemokraten ein Mandat. Sie steigern infolgedessen ihren prozentualen Anteil an der Gesamtzahl der Abgeordneten von 23 auf 33 Prozent.

Diese eine Ziffer läßt erkennen, daß die Sozialdemokratie in starkem Fortschreiten begriffen ist. Und dieser Sieg wurde errungen, gegen eine politische Kombination, die der im Reiche gleicht wie ein Haar dem anderen. Dabei hat sich die günstige Position, die die Sozialdemokratie politisch gewonnen hat, in den Thüringer Arbeiterkreisen bei weitem noch nicht durchgesetzt. Jeder Redner, der in Thüringen Versammlungen abgehalten hat, bestätigte, daß die Lauheit der Funktionäre durchaus noch nicht völlig behoben ist und der Besuch der Versammlungen war ebensoviel geeignet, einen besonders stark entwickelten Optimismus aufkommen zu lassen. Immerhin, das Ergebnis der Wahlen hat gezeigt, daß die Arbeiterschaft noch einen Sieg gewinnt. Dabei ist zu beachten, daß die Zahl der Abgeordneten im Thüringer Landtag von 72 auf 56 vermindert wurde. Trotzdem gewinnen die Sozialdemokraten ein Mandat. Sie steigern infolgedessen ihren prozentualen Anteil an der Gesamtzahl der Abgeordneten von 23 auf 33 Prozent.

Entgegen der Meinung, die wir in der letzten Nummer vertraten, sind die Geburtswehen des Besitzbürgerblocks im Reiche noch nicht zu Ende gegangen. Wider Erwarten hat sich Hindenburg geweigert, dem als Justizminister vorgesehene thüringischen Reichstagsabgeordneten, Herrn Graef, wie auch dem Reichsinnenminister Herrn Hertig die Bestätigung zu geben. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei war, wie schon gemeldet, am Sonnabend telegraphisch zu einer Sitzung zusammenberufen worden, in der sie den Voricht auf das Reichsverkehrsministerium kontrollieren sollte. Sie hat beschlossen, an ihrer "bisherigen Auffassung" festzuhalten. Trotzdem ist sie unter das kaudinische Joch gekrochen, und man nahm zunächst an, daß es die Deutsche Volkspartei gewesen sei, die, im Bunde mit dem Zentrum, den Entschluß des Reichspräsidenten wesentlich beeinflußt hätte. Der Demokratische Zeitungsdienst aber teilt mit, daß sich Hindenburg aus eigener Initiative geweigert habe, Herrn Graef zum Justizminister zu ernennen, und zwar mit der Begründung, daß er nicht einen Mann zum Justizminister ernennen würde, der sich gegenüber seinem Amtsvorgänger eine solche Taktlosigkeit (die Nichtteilnahme bei der Antrittsrede des Reichstagspräsidenten) habe aufzuhallen lassen. Er führt freilich hinzu, daß noch nicht völlig klar gestellt wäre, inwiefern der Reichskanzler Marx Hindenburg zu dieser Weigerung bestimmt oder mitbestimmt habe.

Demzufolge hätte also der Reichspräsident an Herrn Graef im Exempel statuiert, das in völkischen Kreisen außerordentlich befremden erweisen dürfte. Zweifellos ist Hindenburg mit seiner Entscheidung dem Wortlaut und dem Sinne der

Vorläufig nur ein Rumpfkabinett.

Die Bestätigung von Hertig und Graef ausgeholt.

Amtlich wird mitgeteilt:

Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichskanzler Dr. Marx in seinem Amt als Reichskanzler bestätigt, auf dessen Vorschlag ebenso den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann, den Reichsverteidigungsminister Dr. Braun und den Reichsheimminister Dr. Gehler, sowie den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius, sowie den bairischen Staatsminister und Finanzminister Dr. h. c. Koehler zum Reichsfinanzminister, den Reichsminister für Erziehung und Landwirtschaft, den Verbandssekretär Dr. h. c. Koch zum Reichsverkehrsminister und den Staatssekretär Schäffler zum Reichspostminister ernannt.

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete hat der Reichspräsident den Reichskanzler Dr. Marx beauftragt.

Die Ernennung des Reichsministers der Justiz und des Innern hat der Reichspräsident bis Montagabend ausgeholt.

SPO. Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion ist für Montag nachmittag 5 Uhr zu einer Sitzung eingetragen, um über die Bestätigung der den Deutschen Nationalen zugesprochenen Posten des Reichsministers des Innern und der Justiz zu entscheiden.

Vorläufig halten die Deutschen Nationalen an ihrem Vorschlag, für das Justizministerium den thüringischen Abgeordneten Graef zu nominieren, fest. Das Zentrum lehnt diese Kandidatur nach wie vor ab; auch der Reichspräsident hat sich mit Rücksicht auf das Verhalten des Herrn Graef gegenüber dem verstorbenen Reichspräsidenten Ebert gegen dessen Kandidatur ausgesprochen. Es ist anzunehmen, daß die Deutschen Nationalen Graef schließlich doch fallen lassen. In diesem Falle dürfte der deutsch-nationale Abgeordnete Lindner Wildau das Reichsministerium des Innern übernehmen, während der dafür bisher vorgesehene deutsch-nationale Abgeordnete Hertig das Justizministerium übernehmen wird.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hält am Sonnabend eine Sitzung ab, nach deren Abschluß sie erklären will, daß sie an ihrer bisherigen Auffassung festhält. Das Gegenteil ist richtig; denn die Volkspartei hat sich inzwischen mit dem Verzicht auf das Reichsverkehrsministerium abgefunden.

Preußen rüstet?

Verteidigungsstellung gegen die deutsch-nationale Reichsregierung.

J. Berlin, 30. Januar.

Die Neuordnung der Dinge im Reiche, die heute mit der Ernennung des ersten ausgesprochenen Reichskabinetts zu einem genauen Abschluß gelangt ist, findet die preußische Regierung auf dem Posten.

Da vorausgesetzt werden darf, daß die Deutschen Nationalen nunmehr mit aller Kraft versuchen werden, daß Gesicht des preußischen Freistaates dem des Reichs anzugeleichen, und da man schon für sehr bald entstandene Sätze in dieser Richtung wird erwarten müssen, werden — so erfahren wir — die leitenden Männer in Preußen Veranlassung nehmen, schon in den nächsten Tagen eine Reihe von Maßnahmen in Kraft treten zu lassen, die in Voraussicht der neu eingetretenen Verhältnisse bereits von sanger Hand vorbereitet sind.

Es wird sich hierbei nicht nur um Vorderungen personeller Art handeln, wie sie sich bereits etwa in der Erziehung des volksparteilichen Staatssekretärs Meister durch Herrn Uebig und in ähnlichen Vorgängen ausgedehnt haben, sondern es wird ein volliger Personalwechsel in bestimmten zentralen Stellen der Verwaltung und auch der Justiz erwartet werden müssen, der sich unter Umständen bis in das Gefüge des Kabinetts Braun selbst erstrecken wird.

Weiterhin wird zur Wahrung des hochverräderlichen Treibens der Wehrverbände, deren Beziehungen zur Reichswehr und insbesondere zu gewissen Außenstellen der Reichswehr noch keineswegs in dem Maße gelöst sind, daß im Interesse der republikanischen Staatsicherheit erwünscht ist, eine Zentralstelle beim Innernministerium eingerichtet werden. Verschiedene Aktionen der Polizei in den letzten Tagen müssen als Auftritt eines solchen härteren Kurses betrachtet werden.

Uns wird versichert, daß schon die nächsten Tage klare Maßnahmen bringen werden und daß die kommenden Ereignisse das republikanische Preußen gerüsten finden sollen.

Entgegen der Meinung, die wir in der letzten Nummer vertraten, sind die Geburtswehen des Besitzbürgerblocks im Reiche noch nicht zu Ende gegangen. Wider Erwarten hat sich Hindenburg geweigert, dem als Justizminister vorgesehene thüringischen Reichstagsabgeordneten, Herrn Graef, wie auch dem Reichsinnenminister Herrn Hertig die Bestätigung zu geben. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei war, wie schon gemeldet, am Sonnabend telegraphisch zu einer Sitzung zusammenberufen worden, in der sie den Voricht auf das Reichsverkehrsministerium kontrollieren sollte. Sie hat beschlossen, an ihrer "bisherigen Auffassung" festzuhalten. Trotzdem ist sie unter das kaudinische Joch gekrochen, und man nahm zunächst an, daß es die Deutsche Volkspartei gewesen sei, die, im Bunde mit dem Zentrum, den Entschluß des Reichspräsidenten wesentlich beeinflußt hätte. Der Demokratische Zeitungsdienst aber teilt mit, daß sich Hindenburg aus eigener Initiative geweigert habe, Herrn Graef zum Justizminister zu ernennen, und zwar mit der Begründung, daß er nicht einen Mann zum Justizminister ernennen würde, der sich gegenüber seinem Amtsvorgänger eine solche Taktlosigkeit (die Nichtteilnahme bei der Antrittsrede des Reichstagspräsidenten) habe aufzuhallen lassen. Er führt freilich hinzu, daß noch nicht völlig klar gestellt wäre, inwiefern der Reichskanzler Marx Hindenburg zu dieser Weigerung bestimmt oder mitbestimmt habe.

Demzufolge hätte also der Reichspräsident an Herrn Graef im Exempel statuiert, das in völkischen Kreisen außerordentlich befremden erweisen dürfte. Zweifellos ist Hindenburg mit seiner Entscheidung dem Wortlaut und dem Sinne der

Die Republik in Gefahr!

Durch kommunistische Schauspielerdekorationen, rote Buchumschläge und Theaterstücke.

Am Freitag begann vor dem 4. Strafgericht des Reichsgerichts, dem Niedersächsischen, ein Hochverratsprozeß, der alles bisher Geschehene in den Schatten stellt. Allein schon die Eröffnung des Hauptverschreibens bildet ein Unikum. Wiermal sah der Oberrechtsanwalt im Jahre 1928 an, um die Eröffnung vor dem 4. Strafgericht zu erwarten. Die erste Anklageschrift vom Februar 1928 erzielte ihm offensichtlich selbst noch nicht ausreichend. So reihen sich im Laufe des Jahres, aber vierteljährlich rückwärts erscheinend, noch drei erweiterte Anklageschriften an. Um jede Möglichkeit einer Bestrafung zu erschöpfen, wurde schließlich sogar der "Gotteslästerungsparagraph" angezogen. Welche Tatbestände veranlaßten den Oberrechtsanwalt, den umfangreichen Apparat des höchsten deutschen Gerichts in Bewegung zu setzen, um angeblich Hochverräterschädigung zu machen?

In Berlin bestehen die beiden kommunistischen Verlage "Junge Garde" und "Viva" (Vereinigte Internationale Verlags-Anstalten). Rudolf Neumann ist Geschäftsführer des Verlags "Junge Garde". Fritz Domning Geschäftsführer der Buchhandlung der Viva. Beide haben die buchhändlerische Weltung über den Vertrieb der in Frage kommenden linksgesetzlichen Literatur. Bei der Beleidigung mancher Staatsanwälte bei der Aufführung "ansäßiger" oder "hochverräterscher" Szenen in revolutionären Schriften ist es nicht verwunderlich, daß in beiden Buchhandlungen oft Werke beschlagnahmt wurden. Trotz der vier Anklageschriften vermochte der Oberrechtsanwalt aber beiden Geschäftsführern nicht einen Fall nachzuweisen, in dem bereits beschlagnahmte Schriften von ihnen illegal weitervertrieben worden wären. Weiter konnte die Anklagebehörde den Beschuldigten noch nicht einmal nachweisen, daß die später willkürlich beschlagnahmten Bücher von ihnen vorher gelesen wurden. Und wenn das schon in dem einen oder anderen Falle geschehen wäre, so ersäßen die Angeklagten ganz richtig, daß Niemand von ihnen soviel juristischen Schaffnern verlangen könnte, um festzustellen, ob sich nicht vielleicht da oder dort ein Verstoß gegen bestehende Gelege nachweisen lasse.

Die beiden Buchhandlungszweigstellen sind vom Oberrechtsanwalt unter Anklage gestellt, weil in den von ihnen verwalteten Buchhandlungen Bücher beschlagnahmt wurden, die in hunderten, auch blutgelebten, Geschäften bis zur Beschlagnahme ebenfalls vertrieben worden waren.

Wie rechtfertigt die Oberrechtsanwaltschaft diese ungeheure Anklage? Sie erklärt, daß die KPD — wie gerichtsnotorisch bekannt — den Bürgerkrieg vorbereite, den sie als ein bestimmtes und nahe bevorstehendes Ereignis betrachte und mit allen Mitteln planmäßig betreibe, um eine Räterepublik nach russischem Muster zu errichten. Von besonderer Bedeutung wäre in dieser Beziehung die Agitation und Propaganda. Für die Einstellung der KPD sei ein Artikel im "Festungskreis Roten Echo vom 19. September 1928" bezeichnend. Die Angeklagten hätten nun die diesem hochverräterschen Ziele dienende Literatur vertreten und damit das hochverrätersche Unternehmen, die Bevölkerung des Deutschen Reichs gewaltsam zu ändern, vorbereitet. Und da beide Funktionäre der KPD wären, müßten sie nach der ständigen Rechtsprechung des 4. Strafgerichts und vorher des Staatsgerichtshofes auch verurteilt werden, weil sie damit einer geheimen und staatsfeindlichen Verbindung angehörten, die die verfassungsmäßig festgestellte Staatsform des Reiches untergraben und gewaltsam ändern wolle. Weiter legt der Oberrechtsanwalt den Beschuldigten die angeblich beschlagnahmten Neuerscheinungen über Revolutions- und Regierungshäupter, die man aus den später beschlagnahmten Schriften heraussauste, zur Last und — kost not least — Gotteslästerung, die sich in dem Wehrhaften Roman „Revolte oder der einzige gerechte Krieg“ befinden soll.

In der Hauptverhandlung wurde einem der Angeklagten als besonders belastendes Moment vorgehalten, daß er am 7. November 1928 in seinem Laden eine knallrote Schauspielerdekoration anbringen ließ mit dem Transparent: "Wann wird der 7. November für Deutschland kommen?", das von Instanzbeamten umstritten war. Dieses Vorkommen beweise, daß der Funktionär mit den hochverräterschen Zielen der KPD einverstanden war...

Der Vorsitzende, Reichsgerichtsrat Lorenz, wies die Angeklagten noch besonders auf die roten, mit auffälliger roter Zeichnung versehenen Buchumschläge hin, die so unzweckmäßig hochverrätersch wären, daß die Buchhändler die Schriften — auch wenn sie noch nicht verboden waren — nicht vertreiben durften, sondern sich von dem strafbaren Inhalt überzeugen müssten!

Ausführlich wurde ein Theaterstück der Berliner Faust behandelt. Es ist ein auf Bestellung von Bergarbeitern verfasstes dramatisches Gedicht über Thomas Müntzer. Besonders hochverrätersch soll folgende Stelle sein:

"Alle: Wir, die Elends-Davos-Garde, wir, das schaffende Volk, wir Entsetz der Erstschlagenen, wir grüßen dich, toter Bruder Thomas Müntzer. Jetzt ist die Zeit, die du gemeissigt hast. Jetzt stehen auf alle Völker der Erde zum Kampf und Sieg. Wir führen uns im Kampf. Wir rüsten zum Sieg. Geld einig, drüderlich und kampf gewillt! So werden wir steigen und werden gründen das Reich unser Reich in dieser Welt. Unser die Welt!"

Rechtsanwalt Sammet kündigte den Beweisantrag an, das Theaterstück vor dem hohen Senat aufzuführen zu lassen und die Diskussion zu hören...

Angeklagt sind Neumann und Domning wegen des Inhalts von Druckschriften, deren Beschlagnahme bald wieder aufgehoben wurde, so z. B. wegen der "Beschlüsse der 5. Sitzung der Kommunistischen Jugendinternationale 1928". Auch wenn man bei den Angeklagten nur ein einziges Stück einer auf den Index gelegten Schrift beschlagnahmen konnte, wie z. B. des Sammelbuchs "Die rote Armee" (Verlag Hugo Nachs, Cahnblen, Hamburg), werden beide für den Inhalt der Schrift verantwortlich gemacht!

Als die Erzählung "Schupomann Karl Müller" von Hermann zur Mühlen beschlagnahmt wurde, schrieb die bürgerliche Frankfurter Zeitung: "Man sollte wegen einer Novelle nicht so viel Aufhebens machen." Und gerade diese Novelle hat es dem Oberrechtsanwalt angetan. Auf seben Seiten der Anklageschrift mußte er sich ab den angeklagten Buchhändlern auf Grund mehrerer aus dem Zusammenhang gerissener Zitate vorbereitung zum Hochverrat nachzuweisen. Auch der Dichter Kurt Kläber soll die Angeklagten ins Gefängnis bringen mit seiner Erzählung "Barrikaden an der Ruhr", ebenso "aufrührernde" Lieder, Balladen und harmlose Kalender. Weiter sind Parteiabstagsprotokolle für die Befreiungsbewegung besonders gefährlich, kommen darin doch Sätze wie "die einzige Alternative — Soldaten der proletarischen Revolution zu sein oder Kanonenkutter in dem kommenden imperialistischen Krieg" vor. Dann spielt noch eine republikanische Kinderstube eine Rolle; kurz, alles muß erhalten, was in den Augen des Oberrechtsanwalt unter dem Begriff "Schmach und Schund" fallen könnte. Alles ist hochverrätersch.

Trotzdem bemerkte ein Zuhörer des Prozesses in der Pause: "Bei der Einstellung muß man sich überhaupt noch wundern, daß die Verfolgung aller dieser Schwarten nicht wegen Gefährdung der Staatsicherheit oder der Stillekeit unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindet!"

Dieser unmögliche Prozeß wird erst am Dienstag zu Ende gehen.

Wird er den von allen Normalmenschern als selbstverständlich erwarteten Freispruch bringen?

Chamberlain über China.

Der englische Außenminister Chamberlain hielt am Sonnabendabend in Birmingham eine Rede, die sich mit der Lage in China beschäftigte. Er ging hierbei ausführlicher auf die augenblicklichen Verhandlungen ein und führte u. a. aus:

"Vor zwei Tagen ist von unserem Vertreter den chinesischen Behörden im Norden wie Süden ein Vorschlag zugestellt worden, in dem die britische Regierung sich bereit erklärt, die modernen chinesischen Gerichtshöfe (ohne Einfluss eines britischen Beamten) als kompetente Gerichtshöfe für Streitfälle anzuerkennen, die von britischen Klägern abhängig gemacht werden. Die britische Regierung erklärt sich auch bereit, in britischen Gerichtshöfen in China die bestehenden modernen chinesischen Güte- und Handelsgesetze zur Anwendung zu bringen. Wir werden noch weitergehen, sobald die chinesischen Gesetzgeber und die chinesische Rechtspreche so weit sind. Soweit unser Wille in Frage kommt, ist das leicht Hindernis gegen volle Sollautonomie beseitigt. Was die Konzessionsgebiete betrifft, so sind wir bereit, örtliche Vereinbarungen auf Grundlage der besonderen Verhältnisse in jedem Falle abzuschließen. Die Verwaltung würde entweder mit dem benachbarten Gebiet unter chinesischer Kontrolle verschmolzen werden, oder es würde irgendwie andere Methode zu suchen sein, um die Verwaltung den Chinesen zu übertragen, wobei der britischen Gemeinde eine Stimme in Gemeindeangelegenheiten gewährt werden müßte. Im Jahre 1928 habe ich erklärt, wie würden China auf halbem Wege entgegenkommen. Sie werden sehen, daß wie in diesem Programm noch weitergehen wollen als bis zur Hälfte des Weges, aber ich bin sicher, daß es recht und vernünftig ist, dies zu tun."

Man wird schließlich auch den ganzen Weg zu Ende gehen müssen, wenngleich Herr Chamberlain sich in seiner Rede mit aller Macht gegen die Anerkennung der Kontonregierung stemmt.

III. Bonbon, 31. Januar.

Zwei weitere britische Truppentransportschiffe, mit dem größten Teile der 13. Infanteriebrigade an Bord, haben Sonntag nach London mit der Bestimmung nach China verlassen.

Der letzte Tag der Restpunkte.

SPD. Paris, 31. Januar. (Radio)

Das Interalliierte Militätkomitee beschloß sich am Sonntag unter dem Vorstoss des Marschalls Foch in einer dreitägigen Sitzung, an der auch die deutschen Delegierten nahmen, mit dem Stand der Entwaffnungfrage in Deutschland. Dem amtlichen Kommunikate zufolge sind ernsthafte Fortschritte erzielt worden. Immerhin bleiben noch einige Einzelfragen bezüglich der Königsberger Festungen zu regeln. Die neuen Instruktionen, die Dr. Claudius vorgestern aus Berlin mitgebracht hat und die nicht gebilligt werden konnten, werden heute morgen, wo eine neue Sitzung des Interalliierten Militätkomitees abberaumt worden ist, nochmals beraten. Diese Sitzung soll noch vor der Besichtigungskonferenz stattfinden, die ebenfalls für heute festgelegt worden ist. Falls im Laufe der heutigen Sitzung eine endgültige Einigung erzielt worden ist, wird die Besichtigungskonferenz sofort öffentlich von der Tatsache Kenntnis geben, daß Deutschland seinen Entwaffnungsverpflichtungen nachgekommen ist.

III. Bonbon, 31. Januar.

Diese Einigung muß nun sie wird es auch aller Voraussicht nach heute, wo die in Genf geführte Besitzabstimmung stattfinden kann, andernfalls läuft die Entscheidung vor den Völkerbundsrat.

Urteil im 9-Milliardenstreit.

Die deutsche Auffassung abgelehnt.

III. Haag, 29. Januar.

Die internationale Schiedskommission für Streitigkeiten über die Auslegung des Dawes-Konsenses hat in dem Auffassungsstreit zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission gegen Deutschland entschieden.

Damit fallen der deutschen Regierung die Kosten der Besichtigungsschäden für das im feindlichen Ausland beschlagnahmte undquesterierte deutsche Eigentum zu, die nach Auffassung der deutschen Regierung zu den aus den Reparationsfonds zu bestreitenden Ausgaben gehören sollten. Es handelt sich um eine Summe von rund neun Milliarden Mark.

Herr Gehler versteht keinen Spaß.

Vor dem erweiterten Schöffengericht in Hagen hatte sich der Redakteur Herbers der pazifistischen Zeitschrift Das andere Deutschland unter der Anklage, sich gegen §§ 110, 111 und 112 des Reichsstrafgesetzbuches (Aufforderung oder Anteilnahme von Angehörigen des Soldatenstandes, dem Befehle der Obrigkeit nicht gehorchen zu sein) zu verantworten. Herbers hatte das Verbot des Reichswehrministers, den Potemkin-Film zu besuchen, mit folgender Notiz kritisiert:

"Reichswehrsoldaten! Seid ihr eigentlich kleine Schuljungen? Müßt ihr auch immer um 9 Uhr abends zu Hause sein? Warum läuft ihr euch bevorwunden? Geh zu Hause zum Film hin! Euer Kindermädchen Gehler macht's gar nichts, das ist ja in Urlaub! (Sollte ich mich der Aufforderung zur Meuterei schuldig machen, so nehme ich alles zurück!)"

Im Verlauf der Verhandlung wies der Verteidiger auf die Neufassungen bekannter Verföhltheiten, darunter des Dramatikers Herbert Ulendorf, sowie des Franziskanerpater und Dichters Thrasold hin, daß die Notiz nicht agitatorisch, sondern nur humoristisch sein könne. Das Gericht hatte aber für Humor ebenfalls Sinn wie der Reichswehrminister. Es verurteilte den Angeklagten im Sinne des § 111 in Tateinheit mit § 110 zu 200 Mrd. Goldmark unter Berücksichtigung, daß der Angeklagte noch nicht vorbestraft ist. In der Urteilsbegründung heißt es, daß der Angeklagte zum Besuch des Films aufgefordert und das Verbot verhöhnt habe.

Die erwachenden Kleinbauern.

Über Auseinandersetzungen zwischen dem Pommerschen Landbund einerseits und den Bauern der Kreise Cammin, Greifswald und Regenwalde andererseits, die schon zur Gründung einer vom Landbund unabhängigen Bauernorganisation, des "Pommerschen Bauernbundes", geführt haben, weiß der "Hinterpomm" folgendes zu berichten:

Bereits seit mehreren Monaten nimmt die Bewegung der im Landbund organisierten Bauern, die eine Lösung vom Landbund erstrebt, immer größerer Umschlag an. In einzelnen Kreisen, Cammin, Greifswald, Regenwalde, ist es bereits seit längerer Zeit zum Bruch gekommen. Unter der Führung einiger bäuerlicher Kreisstagsmitglieder im Kreis Cammin hat sich dort vor Weihnachten der Pommersche Bauernbund gebildet, der seine Geschäftsstelle in Gültz hat und eine eigene Zeitung herausgibt. Der Landbund suchte die Bewegung anfangs aus begreiflichen Gründen isolieren zu wollen, mußte dann aber schon im Interesse seiner Existenzsicherheit das Wort zu der Angelegenheit nehmen. Er besiegte dann natürlich die einge-

fahrene Methode der Verleumdung, die darin gipfelte, daß er den Führern der Bewegung Organisationschören vorwarf. Inzwischen macht die Bewegung beträchtliche Fortschritte, doch den Herren doch allmählich die Spur wegbleibt und sie sich allmählich in die Rolle des betrüblichen Vogelherds führen müssen. Neuerdings dehnt sich die Bewegung auch im Kreise Kolberg-Köslin aus.

Ein solches Vorgehen der Bauern in allen Bezirken des Reiches, und die ganze Herrlichkeit des Landbundes wird sich morgen in Staub verwandeln!

Der Barmatprozeß.

SPD. Im Barmat-Prozeß wurden am Freitag die einzelnen Kredite einer näheren Unterzüchtung unterzogen. Aus einer Aufstellung, die zwei Beamten der Staatsbank, die auch als Zeugen vernommen wurden, ausgearbeitet haben, geht hervor, daß am 31. Dezember 1923 einem Kredit von 1,5 Millionen eine Effektdeckung von 1,500 Millionen Mark gegenüberstand. Bis zum 29. Januar 1924 waren die Kredite auf 6 Millionen gestiegen, die Effektdeckung belief sich auf 900 000 Mark. Am 31. Juli 1924 betrug der Kredit 10,5 Millionen, die Effektdeckung 2 Mll. Mrd. Von da an gehen die Kredite etwas zurück, am 31. Dezember 1924 belaufen sie sich noch auf 9,5 Millionen. Außer den zahlmäßig festgestellten Effektdeckungen befinden sich noch als Zusatz in Händen der Staatsbank die Altentnahmen der Bernsdorfer Kunstseidenfabrik, der Altenburger Sparbank, der Küstentransport-U.G., der Chromo-G.m.b.H. und anderer Unternehmen des Barmatkonzerns, sowie Blankoaktien der Amerima. Während die Anklage den Standpunkt vertritt, daß diese Deckungen nicht ausreichen, erklärt die Verteidigung, daß diese Deckungen damals genügt hätten.

Kurzer Prozeß.

Der Schriftsteller Albert Winter war am 28. September 1928 vom Münchner Schwurgericht wegen Beleidigung der bürgerlichen Justiz zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Wie wir jetzt berichtet haben, erfolgte die Verurteilung, weil W. im Zusammenhang mit der Flucht des Häftlings Jwangauer aus dem Justizhaus Straubing behauptet hatte, daß im Falle des Überfalls August Hagemeyer eine bestimmt Art des Strafvollzugs zur langsamsten Ermordung in der verhängten Strafanstalt Niederschönhausen geführt habe. Die gegen dieses Urteil wegen Anwendung des § 188 (Wahnsinnung berechtigter Interessen) beim Reichsgericht eingegangene Revision wurde vom 1. Strafgericht ohne Ansetzung eines Termins als "offensichtlich ungegründet" verworfen.

Beamtenbeschwerde gegen Gehler.

Wie die Z.N. erfahren, hat der Deutsche Beamtenbund sich an eine Reihe ihrer nahestehenden Reichstagsabgeordneten gewandt und ihnen nahegelegt, Schritte gegen die Verhaftung des im Aufstand befindlichen Ministerialrats Jacobs aus dem Reichsfinanzministerium als Bißlänger gestellte des Reichswehrministeriums zu unternehmen, da es vom beamtenrechtlichen Standpunkt aus keineswegs gebilligt werden könnte, wenn derartige Aufgaben, wie sie die Bearbeitung des Staats vorstelle, durch Angeklagte wahrgenommen würden. Ministerialrat Dr. Jacobs war kurz vor der Vorlage des Reichshaushaltsschlusses ins Reichswehrministerium berufen worden mit der besonderen Aufgabe, den Haushalt des Reichswehrministeriums direkt zu verkletern. Er besteht dafür eine weit über Beamtengehalt hinausgehende Entschädigung.

Der Parteitag der Kommunisten.

Das Zentralkomitee der KPD beruft den ersten Reichsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands laut Rothe Fahne für den 2. bis 7. März 1927 nach Essen a. d. Ruhr ein.

Nachdem der Kommunistische Parteitag auf Beschuß Moskaus zweimal verschoben worden ist, soll er nun, allem Anschein nach, Anfang März endgültig in Szene gehen. Es ist der erste Parteitag seit dem Sturz der Zentrale Ruth Fischer. Aber nicht nur deswegen fällt ihm eine besondere Bedeutung zu, sondern weil diese Tagung noch einen besonderen organisatorischen Auftrag zu erledigen hat. Wir kommen auf diese Vorgänge im einzelnen noch zurück.

Zusammenstöße bei einer kommunistischen Demonstration.

SPD. Berlin, 31. Januar (Radio). Am Sonntag veranstalteten die Kommunisten in Berlin eine Demonstration gegen die "Rechtsstatus". Es kam bei dem Marsch der Demonstranten verschiedentlich zu Zusammenstößen mit der Polizei, in deren Verlauf ein kommunistischer Stadtverordneter und mehrere andere Kommunisten vorübergehend verhaftet und der Polizei zur Vernehmung zugeführt wurden. Mehrere Beamte und zahlreiche Demonstranten wurden bei den Zusammenstößen verletzt.

Wie WTB meldet, soll die Zahl der Teilnehmer an der Demonstration nach polizeilicher Schätzung 6-8000 betragen haben.

Strafvollzug in Polizeigefängnissen.

SPD. Der preußische Innenminister weist in einem Rundschreiben darauf hin, daß der moderne humane Strafvollzug vor allem auch auf die Polizeigefängnisse und die Polizeigefangen ausgedehnt werden muß. Gerade in den Polizeigefängnissen habe die Achtung vor dem Menschen im Häftling zur Geltung zu kommen. Besonderes Augenmerk sei auf die Sauberkeit in den Gefängnissen zu richten. Jeder Polizeigefangene müsse bei seiner Aufnahme ein reines Handtuch, reine Bettwäsche, und reine Bettwäsche bekommen. Polizeigefangenen seien nach zwei Tagen unbedingt freigesetzt zu gewähren. Zu prüfen sei, ob das bisher grundlos verbotene Rauchen gestattet und geeignete Leckerei zur Verfügung gestellt werden kann.

Ujnowitsch abermals beauftragt.

WTB. Belgrad, 30. Januar. Der König hat nach Beratungen mit den Führern der Parlamentsfraktionen den bisherigen Ministerpräsidenten Ujnowitsch mit der Bildung eines neuen Kabinetts betraut.

Rosse reist nach Westindien. Oberpräsident Rosse hat von Hamburg aus eine Reise nach Westindien angetreten. Als sein Stellvertreter wird Vizepräsident Dr. Krlege die Geschäfte führen. Die Reise soll mehrere Monate dauern.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil:

Hugo Sauppe in Leipzig

Berantwortlich für den Literaturteil:

Hugo Seppenrad in Leipzig

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Astronomisches im Februar

Erst im letzten Viertel des Januarmonats hat sich nach wochenlangen, fast ununterbrochener Bewölkung der Himmel häufiger aufgehellt, und in klaren Nächten hat man wieder einmal einen Blick in die Sternenwelt tun können. Auch morgens und abends hat das helle Licht die Veränderungen erkennen lassen, die sich seit der Wintersonnenwende vollzogen haben. Man erkennt jetzt deutlich, daß sich die Zeilen des Sonnenlaufes und Unterganges bereits merklich verschoben haben; am Vormittag ist, infolge der Zeitgleichung, die den wahren mit dem bürgerlichen Mittag in Übereinstimmung bringt, der Unterschied gegen die Zeit vor vier Wochen allerdings geringer als am Nachmittag. Beträgt am 1. Februar die Zunahme morgens 28 Minuten, so macht sie am Abend schon 48 Minuten aus, eine Differenz, die sich im Lauf des Monats allerdings langsam ausgleichen wird. Von 7 Uhr 52 Minuten vormittags verläuft sich nämlich im Februar der Sonnenaufgang bis auf 6 Uhr 58 Minuten früh, wogegen der Sonnenuntergang sich von 4 Uhr 49 Minuten auf 5 Uhr 40 Minuten nachmittags verspätet. Die Tageslänge nimmt somit von 9 auf 10½ Stunden zu, und die Mittagshöhe der Sonne steigt im Laufe des Monats bis nahe an 80 Grad über dem Südhorizont, berechnet für die Lage von Berlin und dem mittleren Norddeutschland.

Die Lichtgestalten des Mondes zeigen ihre Hauptphasen in folgendem Turnus: Neumond am 2. Februar, erstes Viertel am 9., Vollmond am 16., letztes Viertel am 24. Am 4. befindet sich der Trabant in Erdbahn, am 18. in Erdferne.

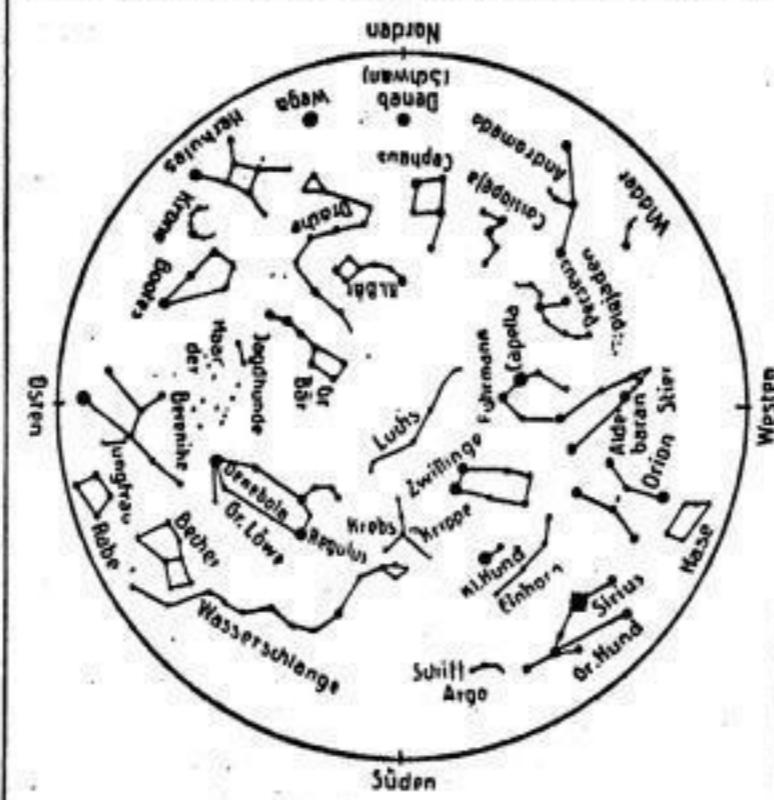
Die rasche Zunahme der Tageshelle am Abend läßt nun die Sternbilder scheinbar schneller als sonst nach Westen rücken, um im Osten neuen Konstellationsplatz zu machen. So verschwinden am Westhimmel die Himmelsgebiete mit dem Pegasus, den Fischen und dem Walfisch schon in der zehnten Abendstunde, und bis gegen Mitternacht und darüber bleiben nur die nördlichen Konstellationen des Uromeda, der Cassiopeja und des Perseus sichtbar.

Der Widder, das erste Tierkreisbild, verschwindet gleichfalls schon um Mitternacht; der Stier mit den Plejaden und Spaden steht in den späteren Abendstunden auch schon am Westhimmel, nachdem er zwischen 7 und 8 Uhr abends seinen höchsten Stand im Süden erreicht hat. Das gleiche ist mit Orion der Fall, zu dessen Beobachtung die Zeit jetzt am günstigsten ist, weil er im März nach dem Westhimmel zu rücken scheint und mehr und mehr von der Abenddämmerung beeinträchtigt wird. In der Gegend des Zenits steht jetzt der Führmann mit der gelben Kapella, die nicht nur in der Farbung, sondern auch in ihrer astrophysischen Beschaffenheit unserer Sonne sehr ähnlich ist und uns ein Bild davon gibt, wie unsere Sonne aus einer Entfernung von einigen Billionen Meilen aussieht. Links von Führmann bezeichnen die Zwillinge mit Costor und Pollux, den beiden hellsten von 56 mit bloßem Auge sichtbaren Sternen, den nördlichsten Teil des Tierkreises; südlich von ihnen kommt man zum kleinen Hund mit Proton, während der Große Hund mit Sirius am 1. Februar

um 10 Uhr am Monatsschluss um 8 Uhr abends seinen höchsten Stand im Süden erreicht. Im Tierkreis folgt auf die Zwillinge der Schlangen mit dem nämlichen Asphard befindet sich im gleichen Stundenkreis. Der Große Löwe zeigt seine trapezartige Gestalt abends jetzt fast senkrecht über dem Osthorizont; zugleich mit ihm steigt auch der Große Bär im Nordosten empor, der Himmelswagen, dessen beide hinteren Sterne, um das Schauspiel ihrer Entfernung verlängert, auf den Polarstern weisen, der der Hauptstern im kleinen Bären ist und dessen übrige Objekte unterhalb des Himmelstyps ihre enge Kreisbahn um diesen ziehen. Noch

tiefer, in unterer Kulmination, findet man die helleren Sterne des Drachen und links davon im Schwanz den immer tiefer sinkenden Deneb.

Von den Planeten ist im Februar besonders Merkur der Aufmerksamkeit wert. Er steht zu Beginn des Monats zwar noch in unmittelbarer Nähe der Sonne und ist unsichtbar, eilt dieser aber so rasch voraus und steigt dabei gleichzeitig so beträchtlich nach Norden, daß er in der zweiten Monathälfte außerordentlich günstig zu beobachten sein wird, sofern klarer Weiter die Möglichkeit auch nur einigermaßen begünstigt. In den letzten vier bis fünf Februarabenden kann der sonnennahe Planet fast Dreiviertelstunden am Abendhimmel im Westen verfolgt werden; am 25. Februar erreicht er seine größte östliche Ausweitung von der Sonne und befindet sich dann in unmittelbarer Nähe des Aquators, etwa 5 Grad westlich vom Frühlingspunkt. Merkur geht dann erst kurz vor 7½ Uhr abends unter; zu seiner Auftindung empfiehlt sich die Orientierung von Venus aus, die etwa 8 Grad weiter östlich, gleichfalls in unmittelbarer Nähe des Himmelsäquators steht. Diese ist schon zu Beginn des Monats eine Stunde als Abendstern sichtbar; am 5. Februar kommt sie in Konjunktion mit Jupiter, der an diesem Abend nur eine Vollmondbreite von ihr entfernt ist. Dabei geht Venus südlich von Jupiter vorüber. Ihre Sichtbarkeitsdauer nimmt bis zum Monatsschluss auf 1½ Stunden zu; gleichzeitig steigt ihre Helligkeit, da sie sich der Erde nähert. Mars, der gegenwärtig recht schwach den Stier durchzieht, ist mittlerweile schon sehr viel heller geworden; denn seine Entfernung von der Erde ist rückläufig und beträgt um die Monatssonne schon mehr als 180 Millionen Kilometer. Demgemäß ist sein scheinbares Durchmesser zur Zeit bereits auf 8 Bogensekunden zusammengekrümpt, und wenn der Planet auch noch bis zum Frühjahr sichtbar bleibt wird, so schrumpft infolge der immer größer werdenden Entfernung seine Erscheinung doch mehr und mehr zusammen, und erst im Winter 1928/29, bei seiner nächsten Opposition, wird der rote Planet wieder zu beträchtlicher Helligkeit anwachsen. Jupiter, bereits erwähnt, wird schon vor der Mitte des Monats unsichtbar, weil er am 1. März in Konjunktion mit der Sonne gelangt. Erst in drei Monaten wird er morgens am Osthimmel wieder in Erscheinung treten. Saturn ist rechtsläufig im Skorpion und in den späteren Nachstunden am Südosthimmel zu beobachten. Der ringumgürtete Planet hat nunmehr eine östliche Abweichung von fast 20 Grad erreicht und kommt nun für einige Jahre in den südlichsten Teil des Tierkreises, den nach gleichzeitigem Verweilen Jupiter nunmehr durchdrungen hat. Uranus befindet sich immer noch in unmittelbarer Nähe des Frühlingspunktes und steht am Monatsschluss ungefähr in der Mitte zwischen Merkur und Venus, jedoch etwas südlicher als die Verbindungslinie zwischen den beiden sonnennahen Planeten. Im März wird er von der Sonne überholt. Neptun kommt am 16. Februar in Opposition zur Sonne, kann also, natürlich nur mit einem starken Fernrohr, während der ganzen Nacht beobachtet werden.



Der Sternenhimmel im Februar.

(Die Karte ist entnommen der Uranta, Monatskarte für Naturwissenschaft und Gesellschaftsleben, Jena. Über den Kopf geblieben, Norden nach Norden, zeigt sie den Sternenhimmel zu den angegebenen Zeiten.)
Anfang des Monats abends 11 Uhr; Mitte des Monats abends 10 Uhr; Ende des Monats abends 9 Uhr.

Auflauf zu verschärften Arbeitskämpfen! Kundgebung der Gewerkschaften im Rheinland und Westfalen.

Wann folgt Sachsen?

SPD. Essen, 31. Januar. (Radio.)

Im städtischen Saalbau fand am Sonntag eine von 3000 Funktionären der freien Gewerkschaften im Rheinland und Westfalen, den Vertretern von mehr als 50 000 Arbeitern, besuchte Kundgebung statt. Die Veranstaltung ist als Auftakt des Kampfes der westdeutschen Arbeiterschaft gegen die sozialreaktionären Tendenzen der Bürgerblockregierung anzusehen.

Der Vorsitzende des Verbandes der Bergarbeiter, Husemann, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Brandes, und der Vorsitzende des Arbeiterbundes, Ushäuser, nahmen in längeren Aussführungen Stellung zu den sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft. Sie betonten übereinstimmend mit besonderem Nachdruck, daß der vor drei Jahren erfolgte Raub des Achtkundentages und der Unzug des Überstundentages von den Gewerkschaften nicht länger hingenommen werden könne. Den Unternehmern, die in der Regierung des Borsig-Bürgerblocks jenes Instrument zu bestimmen glauben, das ihren sozialreaktionären Forderungen in dem von ihnen gewünschten Maße Rechnung tragen müsse, würden die Gewerkschaften den nötigen Widerstand entgegensetzen müssen.

Husemann vom Bergarbeiterverband verwies in diesem Zusammenhang auch auf die Lage des Bergbaus hin. Es werde heute mit einer Belegschaft, die bei weitem geringer ist als die vor dem Krieg, eine erheblich höhere Förderung erzielt als in der Vorkriegszeit. Dabei würden aber Überstunden in einem Umfang verfahren, wie es in der Geschichte des deutschen Bergbaus beispiellos sei. Im dritten Quartal 1926 seien allein drei Millionen Überstunden verfahren worden. Man hätte etwa 30 000 Arbeiter mehr beschäftigen können, also so viel, wie heute im Bergbau erwerbslos sind. Husemann forderte die allgemeine Wiedereinführung des Achtkundentages und das Verbot der Überstunden.

Der zweite Redner gelangte zu den gleichen Schlussfolgerungen. Er wandte sich vor allem gegen die Gefahren, die sich aus der Bildung der Bürgerblockregierung ergeben. Die Sammlung der Reaktion habe in dem neuen Kabinett ihren Ausdruck gefunden. Jetzt gelte es, die Sammlung der Arbeiterschaft zu betreiben. Auch Ushäuser rügte seine Ausführungen mit aller Schärfe gegen die Bürgerblockregierung. Sein Ruf galt vor allem den christlichen Arbeitern und Angestellten, die durch ihre Gewerkschaftsvertreter sich bereit erklärt hatten, gemeinsam mit den freien Gewerkschaften den Kampf für den Achtkundentag und die sozialen Interessen der Arbeiterschaft zu führen.

Die Auseinandersetzungen der drei Redner fanden stürmischen Beifall. Die Kundgebung endete mit einer Entschließung, in der es u. a. heißt: „Mit dem Fortschreiten der Rationalisierung wird in zunehmender Weise ein Überstundentag eingeführt, das den entschiedensten Protest nicht nur der Arbeitslosen, sondern auch der in Tätigkeit befindlichen Arbeitnehmer heraufordern muß. Die Versammlung richtet daher an alle Arbeiter und Angestellte die Aufforderung, dem Überstundentag ein Ende zu machen. Die Ver-

sammlung erwartet von diesem Appell ein so starke Einschränkung des Überstundentages, daß nur noch solche Überstunden geleistet werden, die aus betrieblichen Gründen eine unabwandelbare Notwendigkeit sind. Die Versammlung erkennt die Vorgänge bei der letzten Regierungsbildung als ein Zeichen dafür, daß das Unternehmertum den wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterschaft den entschiedensten Widerstand entgegenstellen will. Die Zurückgewinnung des Achtkundentages muß deshalb das Werk der Arbeiterschaft selbst sein.“

WTB. Bochum, 29. Januar.
Seitens der Bergarbeiterverbände ist nunmehr bei dem Zeichnerverband gemeinsam die Kündigung des Metalltarifs und des Überstundentakommens im Ruhrbergbau ausgeprochen worden.

Die Lohnverhandlungen im Leipziger Groß- und Einzelhandel.

Vom Deutschen Verlegerbund wird uns geschrieben:

Die unter ganz besonders schwierigen Umständen eingeleiteten Lohnverhandlungen für die im Groß- und Einzelhandel beschäftigten Arbeiter und Arbeitnehmer, wurden am 28. Januar zu Ende geführt. Anfang Dezember, als den beiden Unternehmer-Organisationen im Groß- und Einzelhandel die Forderungen unterbreitet wurden, stellten sie sich direkt ablehnend gegenüber. Der Großhandels-Verband ging so gar soweit, Verhandlungen abzulehnen. Daraufhin waren wir gezwungen, den Schlichtungs-Ausschuß anzuordnen, der am 17. Dezember einen Schiedsspruch fällte, wonach die Höhe ab 1. Januar um zirka 4 Prozent erhöht werden sollten. Diesen Schiedsspruch lehnten beide Unternehmer-Verbände ab. Da er aber auch den Wünschen unserer Mitglieder nicht genügend Rechnung trug, wurde er von uns auch abgelehnt. Wir bemühten uns dann, unter dem Beistand des sächsischen Schlichters die Streitfrage einem Schiedsgericht zu übertragen, das aus Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und mehreren Unparteiischen bestehen sollte. Nach langem Bemühen ist dies gelungen; das Schiedsgericht konnte am 28. Januar zusammentreten. Nach äußerst schwierigen Verhandlungen verklärte das Schiedsgericht einen Spruch, wonach die Spitzenhöhe sich um 1,50 Mt. ab 31. Januar und 2 Mt. ab 1. April erhöhen.

In einer Versammlung der beteiligten Handelsarbeiter, die am gleichen Tage im Burgfelder Saal fand, wurde die Entscheidung des Schiedsgerichts einstimmig gutgeheißen. Die erste Lohnzahlung nach den neuen Bedingungen erfolgt am 4. Februar. Ab Donnerstag können Tarifverträge im Verbandsbureau gegen Vorlage des Mitgliedsbüches entgegengenommen werden.

Kündigung des Arbeitszeitabkommens in der Berliner Metallindustrie.

Die Funktionäre der Berliner Metallindustrie haben beschlossen, zum 1. April das in der Berliner Metallindustrie geltende Arbeitszeitabkommen zu kündigen, das vorher, daß in den Betrieben, wenn die Lage es verlangt, bis zu neun Überstunden in der Woche verordnet werden können und daß mit Zustimmung der gewerkschaftlichen Instanzen auch eine zehnte Überstunde geleistet werden darf. Die Instanzen des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben die Kündigung beschlossen mit Rücksicht auf die große Zahl der Erwerbslosen, und sie verlangen, daß in Zukunft überall die 48-stündige Arbeitswoche eingehalten werden soll, um dadurch zu erreichen, daß die Betriebe zur Erledigung der laufenden Arbeiten und Klagefälle Erwerbslose einstellen.

Streik im niedersächsischen Kohlenrevier?

Der Kampf der niedersächsischen Bergarbeiter um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, der eigentlich nie zur Ruhe kommt, hat neuerdings schwierigere Formen angenommen, da wiederum die Grubenunternehmer unter der Begründung, daß die Gruben nicht rentabel seien, alle Zugeständnisse an die Bergarbeiter ablehnen. Die Tarifparteien für den niedersächsischen Steinbrüderbergbau hatten am 31. Dezember die Lohnordnung zum 31. Januar gekündigt. Die von den Organisationen eingerichteten Fortbesserungen wurden von den Grubenunternehmern schriftlich abgelehnt. Der von den Arbeiterschaften angestellte Schlichter für die Provinz Niedersachsen vermochte in den Verhandlungen, die am 26. Januar stattfanden, keine Einigung herbeizuführen. Nach wie vor lehnten die Unternehmer es hartnäckig ab, den Vertretern der Arbeiterschaften irgendein Angebot zu machen. Nach stundenlangen ergebnislosen Auseinandersetzungen brachen die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen die Schlichtungsverhandlungen ab mit der Erklärung, daß sie mit ihren Funktionären nunmehr weitere Maßnahmen beschließen würden.

Eine am 26. Januar stattgefundene Funktionärsversammlung beschäftigte sich mit dem Verhalten der Grubenunternehmer, das bei den Bergarbeitern stürmische Entrüstung auslöste. Einstimmig kam zum Ausdruck, daß sich erneute Mittel angewendet werden müssen, um die Unternehmer, die trotz der Steigerung der Rohfördererbiets immer noch die alte Praxis von der Unrentabilität des Grubenbetriebs in die Waagschale werfen, zu Zugeständnissen zu zwingen. Einstimmig wurde beschlossen, die Organisationen zu beauftragen, weitere Schlichtungsverhandlungen nicht nachzuhuchen, sondern die Arbeitsverträge am 5. Februar zum 10. Februar zu kündigen. Mit den Kündigungen wurden die Organisationen beauftragt.

Kündigung im Kalibergbau.

Die an der Tarifgemeinschaft für den Kalibergbau beteiligten Bergarbeiterverbände haben den Manteltarif und die in den Schiedsgerichten vom 7. Januar 1924 und vom 9. und 10. Februar 1926 vorgelegene Mehrarbeitsregelung zum 1. Februar 1927 gekündigt. Die neuen Forderungen der Bergarbeiter werden erst am Verhandlungstage bekanntgegeben werden.

Rückgang der Kommunisten.

SPD. Trotz größter Bemühungen der Kommunisten und trotz wütiger Heze wurde bei der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes der zahlreiche Bremerhaven-Wertermünder Ortsteil der Amsterdamer Richtung mit großer Majorität wieder gewählt. War 1924 das Verhältnis 2:1, 1925 8:1, so diesesmal 4:1 – ein Zeichen, daß der Gedenktagungsprozeß unaufhörlich und meistlich auf dem Normalzeit ist. Es ist hierbei zu bedenken, daß die Unterwerktrotski wohl am ärgerlich durch die Erwerbslosigkeit betroffen sind. Von den 8000 Mitgliedern der Organisation war weit über die Hälfte dauernd erwerbslos. Trotzdem ist der Einfluß der KPD in sichtbarem Schwund. Über eine Weile – und die KPD wird hier nicht mehr existieren.

Den für die Straßenbahnen Westfalen und des Rheinlandes bestehenden Tarifvertrag haben die Gewerkschaften zum 31. Januar gekündigt. Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit und eine 10-prozentige Lohnerhöhung wurden gefordert. Die Unternehmer haben die Forderungen abgelehnt. Die Gewerkschaften haben daraufhin den Schlichter angerufen.

Zum politischen Verhältniswesen droht ein Streit. Die Vereinigten Verbände der staatlichen Beamten des Transportgewerbes fordern die Zahlung eines Teuerungsausgleichs in Höhe eines Monatsgehalts und die ständige Erhöhung der Gehälter um 25 Prozent. Die Verbandsleitung kündigt an, daß im Falle einer Ablehnung der Streit proklamiert werden soll.

Aus der Umgebung

b. Liebertwolkswitz. Gemeindevertretungssitzung. Nach begründenden Worten des Herrn Bürgermeisters gab dieser einen Rückblick über die Entwicklung der Gemeinde von 1913 ab. Hierzu einige Zahlen: Die Bevölkerungszahl betrug 1913 4305, im Jahre 1926 4940, Geburten 1913: 135, dagegen 1925: 80, Sterbefälle 1913: 69, gegen 1925: 39, Kirchenausstift: 23: 13, gegen 26: 70, Wohnungsbauende am Ende des Jahres 1926: 272, Erwerbsloge schätzten 1926: 268. Das Wasserwerk förderte 1913: 61 181 Kubikmeter, 1925: 81 888 Kubikmeter. Gemeindevertretungen versammelten sich 15 mit 200 Beratungsgegenständen, Ausschüsse 88 mit 1367 Beratungsgegenständen. Das neu gewählte Gemeindevertretungssitzung werden als besondere Fragen behandelt: die Straßenbauhangegenseitigkeit, der Straßenbau, die Betriebschule, Arbeitslosigkeit, Sportplatz, Wasserwerk, und zu allen diesen Aufgaben eine Belohnung unter Gemeindesitzungen; deshalb wird es notwendig sein, Reich und Staat immer wieder daran zu erinnern, daß der zugewiesene Steueranteil in keiner Weise reicht, die Gemeinde vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Die nun folgenden Wahlen brachten folgendes Ergebnis: Als Gemeindevertretungssitzungsvorsteher Bürgermeister Leibing, Stellvertreter Vorsitzender Martin; Schriftführer Sekretär Wolter und Verwaltungsinpetor Scheibe; Finanzausschuß: Martin, Schenkel, Hausschild, Raudorf, Schiebe; Bauausschuß: Kolbe, Gebler, Hausschild, Grunert, Raudorf; Technikausschuß: Gebhardt, Wohle, Wolf, Raudorf, Grunert; Steuerausschuß: Martin, Gebhardt, Wolf, Selsert, Papendorf; Fürsorgeausschuß: Gebhardt, Frau Schneider, Wolf; Sparfassenausschuß: Kolbe, Gebler, Grunert; Schulausschuß: Martin, Frau Schneider, Wolf, Wilhelmstift; Frau Schneider, Kolbe, Selsert, Scheibe; Kreditausschuß: Martin, Grunert. Gegen die stattgefundene Wahl der Gemeindevertretungen wird kein Einspruch erhoben. Die Wahl zum Bezirksrat findet am 14. Februar statt. Ein Antrag der Erwerbslohen wird an die zuständigen Ausschüsse verwiesen und soll schnelle Erfüllung finden. Um die Straßenbauhangegenseitigkeit zu beschleunigen, wird eine dreigliedrige Kommission gewählt, die mit den zuständigen Stellen persönlich Rücksprache nehmen soll. Einem Gefüge des Arbeiter-Turn- und Sportbundes um eine Hilfe zum Besuch der Bundeschule, wird gegen die bürgerlichen Stimmen statigedessen. Weiter wird beschlossen, an die Regierung einen dahingehenden Protest zu senden, die frühere Gemeindeordnung wiederherzustellen.

ei. Böhlig-Ehrenberg. Gemeindevertretungssitzung. Unter Vorsitz des Bürgermeisters wurde die 1. Sitzung der Gemeindevertretungen eröffnet. Bevor es in die Tagesordnung eingetragen wurde, gab der Bürgermeister einen Überblick über die jetzige gesamte Finanzlage und Vermögensverhältnisse der Gemeinde. Einsprüche gegen die Wahl der Vertretungen sind nicht erfolgt. Sie wurden für gültig erklärt.

Zum Gemeindevertretungssitzung wurde Genosse Nowak einstimmig gewählt. Zum 1. Stellvertreter des Vorsitzers Dr. Müller (bürgerlich), zum 2. Stellvertreter Genosse Nitsche. Wie bisher hatte die bürgerliche Seite Anspruch auf den 1. Stellvertreter. Die Kommunisten waren deswegen empört und hatten eine weitere Beteiligung an der Wahl abgelehnt. Vergessen haben sie dabei ihr Verhalten unseren Genossen gegenüber, ihre schändige Handlungsweise bei den letzten hiesigen Wahlen und vielen sonstigen Gelegenheiten in Wort und Schrift. Sie reden dauernd von proletarischer Front und Einheit und kennen seit Jahren, besonders ihr Führer Bemann, im wesentlichen keine andere Tätigkeit, als es ja nicht zu dieser Front kommen zu lassen, sondern andauernd die Sozialdemokratie und ihre Vertreter unsachlich zu bekämpfen und zu beschimpfen. Zu Schriftführern wurden die Beamten Udermann und Höfer gewählt. Die Wahl des Bürgermeistervorsteher ergab nach der Verhältniswahl für den Genossen Winkler

9. Dr. Müller (bürgerlich) 5 und Bemann (KPD) 5 Stimmen. Bei der nun folgenden Bestimmung der Reihenfolge schließen die Kommunisten sich nicht bürgerlich wieder selbst aus und nun wurde mit je 14 Stimmen zum 1. Bürgermeistervorsteher Genosse Winkler, zum 2. Dr. Müller (bürgerlich), zum 3. Genosse Nowak bestimmt. In den Finanz- und Verfassungsausschuk wurden die Genossen Winkler und Nowak gewählt. Bauausschuß: die Genossen Winkler, Tille und Nitsche. In den Fürsorgeausschuß die Genossen Gebler und Genosse Rehn und Röder; in den Spar- und Sparfassenausschuß wurde Genosse Röder bestimmt. Aus der Einwohnerchaft wurde in leichter Ausschuk Herr Alfred Müller (bürgerlich) einstimmig gewählt und Genosse Ludwig mit 14 Stimmen. Die Kommunisten hatten hier getrennte Abstimmung vorgenommen und ließen sich verleiten, wirklich einmal für einen Bürgerlichen zu stimmen. Den Sozialdemokraten lehnten sie ab, aber nicht etwa nur heute, sondern bereits schon einmal vor 3 Monaten. Solche Geister verlangen dann die Einheitsfront.

Einer Darlehsaufnahme für Wohnungsbauzwecke wurde zugestimmt. In den beiden Siedlungshäusern sollen bauliche Verbesserungen vorgenommen werden. Es folgt eine nichtöffentliche Sitzung. — Die Rostandsarbeiten (Schleusenhafen) sind vergeben und werden in Kürze in 3 Teilen begonnen werden können.

u. Hartmannsdorf. Gemeindevertretungssitzung. Das neue Gemeindeparkament ist zusammengesetzt aus 5 Bürgerlichen, 2 Sozialdemokraten und 2 Kommunisten. Unter den Bürgerlichen Vertretern befinden sich zwei kleine Hauseigentümer, und zwar der Maurerpolster Karl Schal und der Zimmermann Nebel. Beide Herren sind zwar Proletarier, dünken sich aber als Helfershelfer der Besitzenden. — Der Gemeindevertretungsvorsteher eröffnet die Sitzung. Herr Scheffel ergreift das Wort und beschwert sich darüber, daß der Herr Gemeindevertretungsleiter, Direktor Lauth, nicht geladen ist. Genosse Heine erwidert, daß, solange der Gemeindevertretungsleiter nicht verpflichtet ist, er kein Recht auf eine Einladung und Teilnahme an der Sitzung hat. — Der Finanzausschuß hatte beschlossen, die Kosten zur Auseinandersetzung einer Schieße dem einen Anlieger, Herrn U n o l d, zu erlassen und den Beitrag auf die Gemeindekasse zu übernehmen. Dagegen protestiert Genosse Heine. Die Sache wird der Amts-hauptmannschaft nochmals vorgelegt. — Der gemischte Bau- und Wohnungsausschuß hat in den letzten 3 Jahren gut gearbeitet, auf einmal sind die Bürgerlichen nicht mehr mit seiner Tätigkeit zufrieden. Auf Antrag des Bürgerlichen Dürbitt wird dieser Ausschuk verzerrt, ohne vorher die Gemeindevertretung zu ändern. Ein stichhaltiger Grund für diese Maßnahme konnte nicht angegeben werden. Auf Protest des Gen. Heine hat der Bürgermeister Einspruch erhoben. Wegen dieser Sache muß nun Verwaltungslage erhoben werden. — Ferner lag ein Antrag der Bürgerlichen auf Änderung der Verfassung vor. Der Vorsteher stellt den Antrag zur Aussprache. Genosse Heine steht in der Verfassungsänderung eine Benachteiligung der Linken. Nachdem der Vorsteher der Linken nichts fruchtlos verlassen die Sozialdemokraten den Saal, die KPD folgt nach. Somit konnte der Antrag der Bürgerlichen nicht zur Abstimmung kommen, da eine Zweidrittelmehrheit im Saale nicht mehr vorhanden war. Verärgert über die nunmehr geschaffene Situation, wurde von den Bürgerlichen Schluß der Sitzung beantragt. Nach Annahme des Antrags wurde vom Vorsteher die Sitzung geschlossen.

Böhlen. Wir berichten neulich über eine kirchliche Christvesper, die nach Meldung der L. N. N. auf Anregung der hiesigen Lehrerschaft hin veranstaltet worden sein sollte. Aus den Kreisen der Böhler Lehrerschaft wird uns geschrieben, daß weder die Anregung zu einer Christvesper von der "Lehrerschaft" ausgegangen sei, noch habe sich die "Lehrerschaft" an dieser Feier beteiligt. Lediglich der kirchendienstlich beschäftigte Lehrer und sein Stellvertreter haben bei der Feier mitgewirkt. Wir stellen das gen. richtig, möchten aber dabei die Frage aufrufen, wie die L. N. N. zu jener

für uns sehr durchsichtigen Meldung kommen. Sollte etwa gar Pfarreier Koch selbst Gewährsmann der L. N. N. gewesen sein? Das würde uns nicht wundern, denn er verfügt jetzt bei jeder Gelegenheit auf sein inniges Verhältnis zur Schule und Lehrerschaft hinzuweisen. Uns fehlt allerdings der rechte Glaube an seine Worte, weil wir das frühere Verhalten des Herrn Koch gegenüber der Lehrerschaft noch zu deutlich in Erinnerung haben.

Eilenburg. Ein treuer Kämpfer und Jubilar. Am 27. Januar d. J. sind es 25 Jahre, als Genosse Stadtrat Wiewald in dem Konsumverein als Vorsitzender eintrat. Er hat diesen Posten in treuer Pflichterfüllung 18 Jahre lang ausgeführt und ist nun bereits 7 Jahre im Vorstand als Kontrollleur tätig. Genosse Wiewald hat nicht nur hervorragenden Anteil an dem Gewerkschaftsleben, sondern ist auch vor 25 Jahren Vorsitzender des Gewerkschaftsrates gewesen. Er war der erste Vorsitzende, den das Kartell wählte. Auch in der Gemeindevertretung hat Genosse Wiewald seinen Mann gestanden, er bekleidet heute das Amt eines Unbedienten Stadtrats. Besondere Arbeit hat Genosse Wiewald für die Partei geleistet und leistet sie noch. Nicht unerwähnt soll seine Tätigkeit in der Mieterbewegung als Vorsitzender sein. Überall, wo die Interessen der Arbeiterschaft in ehrlichem Kampfe zu vertreten waren, wirkte Otto Wiewald mit. Ihm gilt an dieser Stelle der Glückwunsch der Eilenburger organisierten Arbeiterschaft. Möge er noch weitere 25 Jahre für die gesamte Arbeiterschaft einen Mann stellen.

Eilenburg. Aus dem Gewerkschaftsrat. In der Generalversammlung des Kartells gab Genosse Fischer einen kurzen, aber gut durchgearbeiteten Geschäftsbericht. Die Mitgliederbewegung brachte folgende Zahlen: Am 1. Januar 1926 waren 3701 Mitglieder und zwar 2015 männliche, 549 weibliche und 237 jugendliche vorhanden. Am 1. Januar 1927 sind 3906 Mitglieder vorhanden und zwar 2050 männliche, 496 weibliche und 381 jugendliche. Es ist also eine Zunahme von 205 Mitgliedern zu verzeichnen. Der Rückgang der weiblichen Mitglieder ist auf die große Krise in der Textilindustrie zurückzuführen. Der Kassenbericht, erstattet vom Genossen Peters, wies im 4. Quartal eine Einnahme von 1444,10 Mark auf, der eine Ausgabe von 1040,41 Mk. gegenübersteht. Die Jahresabschreibung weist folgende Zahlen auf: 2041,04 Mk. Einnahme und 2528,85 Mk. Ausgabe, bleibt ein Kassenbestand von 884,88 Mk. Nach England für die streikenden Bergarbeiter wurden, einschließlich 600 Mk. von den Metallarbeitern, 1621 Mk. abgeschickt. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt.

In den Aussprachen wagte Kollege Mittelmüller von der KPD zu erklären, daß der Kartellvorstand seine Pflicht so gut wie gar nicht erfüllt habe. Auch Kollege Michaelis ergriß das Wort, sprach aber nicht zum Geschäftsbericht, sondern referierte über Sovjetrußland. Nachdem die Angriffe von den Kollegen Fischer und Lenzer aufgewiesen worden waren, schritt man zur Neuwahl des Gesamtvorstands. Hier wurde der alte Vorstand (Umstädter Richtung) mit 32 gegen 23 Stimmen wieder gewählt. Die Kommunisten wollten partizipative Zustimmung. — Bekanntgegeben wurde, daß zur diesjährigen Jugendweihe, die am 8. April stattfindet, bis jetzt 68 Kinder geweiht sind. — Beiflossen wurde ferner, eine Auseinandersetzung für den Schultag stattfinden zu lassen. — Ferner wird das Bevölkerungskartell beauftragt, bei der Festsetzung des Ortes der Arbeitskammergesellschaft Eilenburg mit Vorschlag zu bringen. — Das Gewerkschaftsleben ist auf den 7. August festgelegt. Es ist damit das 30jährige Bestehen des Ortskartells verbunden. Bei dieser Gelegenheit soll verfügt werden, mit der Konsumgenossenschaft ein gemeinsames Fest zu arrangieren, da diese auch 30 Jahre besteht.

Im Volkshaus speist man gut und billig!

Monatsende-Angebot

zu herabgesetzten Preisen

Damen-Konfektion

Kleider	aus Popeline, mod. Formen, farbig garniert	11 ⁷⁵
Kleider	aus Ripspopeline, reizende Form, neue Farben	13 ⁷⁵
Blusen	aus gestreiften Wollstoffen, offen und geschlossen zu tragen	6 ⁷⁵
Blusen	aus weißem Crêpe de Chine, neue Formen	14 ⁵⁰
Röcke	aus Shetlandstoffen, flotte Form, Gummizug	9 ⁵⁰
Röcke	aus feinem Wollrips, neue Plisseeformen	16 ⁷⁵
Mäntel	aus Velour de laine, mit Biberettékragen, gesche Form	26 ⁵⁰
Mäntel	aus prima Velour de laine, mit Silberkanin-kragen, halb gefüttert	32 ⁰⁰
Mäntel	aus Ottomane, Kragen und Saum mit Bibette reich besetzt, halb gefüttert	49 ⁰⁰

Kleider und Mäntel
zur Konfirmation in reicher Auswahl

Kleiderstoffe

Maskenstoffe	Streifen und Karos, 80 cm breit	Meter 90
Perkal und Zephir	waschecht, 80 cm breit	Meter 68
Voll-Voile	weißgrundig, bestickt, für Kleider und Dekorationen	165
Masken-Chiffon-Samt	In eleganter Ausführung	195
Eollenne	wolle auf Seide, gute Kleiderware, 100 cm breit	300
Kostümstoffe	reine Wolle, moderne Muster, auf braunlichem Grund, 130 cm breit	475
Kashemir-Loden	aus feinstem Material, federleicht, grau und braun melliert, 130 cm breit, Meter	480

Leinen- und Baumwollwaren

Taschentücher	weiß, aus gutem Linon, 37 cm	15 pt.
Taschentücher	weiß oder weiß mit echter bunter Kante, 39 cm	18 pt.
Wischtücher	rotundbleukarlett, gutes Halbleinen, 54/54 cm, gesäumt und gebändert	40 pt.
Handtücher	grau Leinen, 46/100 cm, gesäumt und gebändert	50 pt.
Körper-Hemdenbarchent	weiß, sehr hellbar, 80 cm breit	75 pt.
Barchentbetttücher	weiß, mit echter Kante, 140/200 cm	250
Tischtücher	aus sehr gutem Reilinen, Kleeblatt-Muster, 130/130 cm	475

Wäsche

Beinkleider	mit solider Stickerei garniert	1,95
Hemden	mit Träger und schöner Stickereigarnierung	1,95
Hemden	mit Achselschlüß, aus kräftigem Stoff, mit Stickereigarnierung	2,25
Prinzeßbröcke	mit Trägern und reich mit Stickerei garniert	3,75
Prinzeßbröcke	mit Vollachs und breiter Stickerei-Garnierung	4,75
Nachthemden	Schlupfform, mit Stickereiansetz	3,50
		2,85

Putz

Ansteckblumen	für Kostüme und Mäntel	—65, —45, 35 pt.
Elegante Ball- und Gesellschaftsblumen	2,50, 1,75, 1,50, 1,35, 1,25	95 pt.
Jugendliche Seidenhüte	3,95, 2,95	275
Fesche Seidenhüte mit Ziernadel garniert	9,75, 7,75, 5,75	400
Schicke Filzhüte mit mod. hohem Kopf	6,90	675
Seidenhüte in Kappenform, zweifarbig	7,25	
Eleganter Trotteur aus Leder-Atlas, mit reicher Stangenreihen-Garnierung	10	50

Seiden-Hüte

aus Leder-Atlas, mit breitem Rand, in verschiedenen Ausführungen, passend für Frauen, große Kopfweiten vorrätig

Tricotagen

Damen-Hemden	fein gestrickt, mit Achselbändern, 80 cm lang	35 pt.
Damen-Hemden	fein gestrickt, mit Achselbändern, 80 cm lang	95 pt.
Damen-Schlupfhosen	Kunstsleden-Tricot, gestreift, mit verstärktem Zwischen, in vielen Farben	200
Kinder-Springhöschen	dunkelblau, Baumwolle, Gr. 65 — 90; Gr.	

Sachsens Etat 1927.

er. Am Sonnabend wurde der Staatshaushaltssplan (Entwurf) für den Freistaat Sachsen auf das Jahr 1927 der Deffensilität übergeben. Nach der Vorlage werden die Gesamteinnahmen und die Gesamtausgaben des ordentlichen Staatshaushaltssplanes auf die Summe von

367 898 260 Mark

festgestellt. Zu außerordentlichen Staatszwecken wird überdies ein Gesamtbeitrag von

34 400 334 Mark

ausgelegt.

Die Einnahmen und Ausgaben in dem ordentlichen Etat — so wird begründend ausgeführt — gleichen sich aus. Doch ist

dieser Ausgleich nur formal.

Er hat sich lediglich dadurch erreichen lassen, daß ein Zuschuß aus dem beweglichen Staatvermögen in Höhe von 25,60 Millionen Mark in Einnahme gestellt worden ist. Wenn dieser Zuschuß hinter dem Zuschuß des verabschiedeten Haushaltssplanes 1926, der 39,25 Millionen Mark betragen hat, zurückbleibt, so ist zunächst zu berücksichtigen, daß bei der Veranschlagung schon in Rechnung gestellt ist, daß die Ausgaben des Staates für

die unterstüdzende Erwerbslosenfürsorge

mit der Verabschiedung des zu Zeit dem Reichstage vorliegenden Entwurfs eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes wegfallen werden und daß sich das Reich bereit erklärt hat, die Länder unterzuwirken, der Verabsiedlung dieses Gesetzes mit Wirkung vom 1. April an von den Lasten der unterstüdzenden Erwerbslosenfürsorge zu befreien. Hierdurch ist der vorliegende Haushaltssplan gegenüber dem Haushaltssplan 1926 um 23,4 Millionen Mark entlastet worden.

Nach der Stellungnahme des Reichsfinanzministeriums ist noch im Laufe des Rechnungsjahres 1927 mit einer Nachprüfung der Reichsbesoldungsordnung zu rechnen. Solchenfalls wird sich auch in Sachsen die auch hier als notwendig erkannte

Änderung der sächsischen Besoldungsordnung

erforderlich machen. Für die finanzielle Auswirkung einer solchen Maßnahme sind indes im vorliegenden Haushaltssplan noch keine Mittel vorgesehen.

Bei der Einstellung des Beitrages des Reiches zu den Kosten der Landespolizei ist vorausgesetzt worden, daß das Reich diese Subvention für die Gesamtheit der Länder auf 210 Millionen Mark bemessen wird, obwohl die Reichsregierung im Reichshaushaltssplan 1927 für diesen Zweck zunächst nur 190 Millionen Mark vorgesehen hat. Sollte es nicht möglich sein, die Erhöhung dieser Subvention auf 210 Millionen Mark zu erreichen, so würde für Sachsen ein weiterer Ausgabebetrag von rund 1,8 Millionen Mark entstehen und der Zuschuß betrag von 25,60 Millionen um diese Summen sich erhöhen.

Ein weiterer Vorbehalt muß bei der Einstellung des Landesanteils an der Umsatzsteuer gemacht werden. Bekanntlich ist für 1927 wiederum nur ein

vorläufiger Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern vorgesehen.

Der Anteil der Länder an der Einkommensteuer, der Körperschafts- und Umsatzsteuer, der 1926 2100 Millionen Mark betrug, ist für 1927 auf 2400 Millionen erhöht worden.

Der vorliegende Haushaltssplan rechnet damit, daß sich der Reichstag den zwingenden Bedürfnissen der Länder nicht verschließen und einer Verlängerung der Umsatzsteuergarantie zustimmen wird. Sollte er wider Erwarten die Verlängerung der Umsatzsteuergarantie ablehnen, so würde ein weiterer, ungedeckter Ausfall von rund 3,8 Millionen entstehen, und der Zuschußbetrag des ordentlichen Haushaltssplanes 1927 entsprechend erhöht werden.

Aus alledem ergibt sich, daß die Veranschlagungen des vorliegenden Haushaltssplanes in verschiedener Hinsicht auf unsicherer Grundlage beruhen und der Zuschußbetrag des ordentlichen Haushaltss sich über den eingestellten Betrag von 25,60 Millionen Mark noch erhöhen kann.

Was den

Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden angeht, so liegt der Ausstellung des Staatshaushaltssplanes die jetzt gültige Regelung zugrunde.

Hier nach erhält der Staat in voller Höhe: den Landesanteil an der Rennweinsteuer mit der Auflage, ein Drittel für Zwecke der Pferdezucht zu verwenden, den Ertrag der staatlichen Grundsteuer, der staatlichen Gewerbesteuer, der Steuer vom Gewerbebetrieb im Umberzichten, der Schlachsteuer und der Stempelsteuer.

Den Gemeinden u. a. sind in voller Höhe überlassen: Die Grunderwerbsteuer und die Zuschüsse zu ihr, die Wertzuwachssteuer, die Hundesteuer, die Vergnügungssteuer, die Getränkesteuer, so weit ihre Erhebung noch zulässig ist, die Feuerlöschabgabe und andere Abgaben, wie die Schleifenzehrungsabgabe usw.; außerdem dürfen die Gemeinden eine Zulastensteuer zur staatlichen Grund- und Gewerbesteuer bis zu 150 Prozent erheben.

Die übrigen Steuern sind in folgender Weise zwischen Staat

und Gemeinden usw. verteilt: Landesanteil an der Einkommen- und der Körperschaftssteuer (75 Prozent) Staat 47, Gemeinden und Bezirksverbände 50 Prozent, die restlichen 3 Prozent fließen in den Lastenausgleichsfonds; Landesanteil an der Umsatzsteuer (30 Prozent), Staat 45, Gemeinden usw. 55 Prozent; Landesanteil an der Kraftfahrzeugsteuer: Staat 50, Gemeinden usw. 45, Begebaufonds 5 Prozent; Aufwertungssteuer (40 Prozent des Nutzungswertes): Staat 11 und die Gemeinden 28 Prozent, 3 Prozent für Fürtzwecke an die Bezirksverbände.

Die Gesamtausgaben des ordentlichen Haushalts betragen:

1927: 367 898 260 Mark.

(1926: 352 037 880 Mark.)

Mehr 1927: 14 900 334 Mark.

Von den gesamten Ausgaben entfallen a) 227 901 247 Mark (61,9 Prozent) auf persönliche Ausgaben (gegenüber 1926 1 338 045 Mark mehr), und zwar

215 597 768 Mark auf die Dienstbezüge der Beamten, Volkschul Lehrer und Unterrichtsstellen, sowie auf die Ruhegelder (monatlich rund 17 968 500 Mark) und

12 303 482 Mark (3,8 Prozent) auf die anderen persönlichen Ausgaben,

b) 130 932 913 Mark (35,8 Prozent) auf die fortdauernden fälligen Ausgaben, 9 084 100 Mark (2,5 Prozent) auf einmalige Ausgaben zu bestimmten Zwecken.

Von den Roh-Einnahmen entfallen a) 212 400 000 Mark (57,7 Prozent) auf Steuern, und zwar 131 100 000 (35,8 Prozent) auf Reichsteuerüberweisungen und 81 300 000 Mark (22,1 Prozent) auf Landesteuer,

b) 88 295 260 Mark (9,1 Prozent) auf Nutzungen des Staatsvermögens und der Staatsanstalten,

c) 48 259 370 Mark (13,1 Prozent) auf Erstattungen von dritten: Staatstheater, Reichsbetrag für die Schuhpolizei, Polizeibeträge von Städten, Erstattung eines Drittels des persönlichen Volksaufwandes,

d) 48 342 600 Mark (13,1 Prozent) auf Verwaltungseinnahmen einschl. Gebühren, und

e) 25 600 000 Mark (7 Prozent) auf Entnahmen aus dem beweglichen Staatvermögen.

Der Zeugniszwang gegen Redakteure.

Wie reaktionär die sächsische Justiz die Bestimmungen des Zeugniszwangsvorfahrens gegen Redakteure bis in die längste Zeit handhabte, das hat sich bei dem Versuch gezeigt, gegen den Redakteur unseres Löbauer Parteblattes, Genossen Effertz, das mittelalterliche Zwangsvorfahren anzuwenden. Der Versuch ist an dem allgemeinen Protest der Deffensilität gescheitert. Jetzt hat nun das sächsische Justizministerium, entsprechend dem Reichstagsbeschuß über die Abänderung des Zeugniszwangs, folgende Verordnung an Gerichte und Staatsanwaltschaftliche Behörden erlassen:

Redakteuren, Verlegern und Druckern einer periodischen Druckschrift, sowie den bei der technischen Herstellung der Druckschrift beschäftigten Personen wird das Recht zur Verweigerung des Zeugnisses gegeben über die Person des Verfassers oder Einfürs einer Veröffentlichung strafbare Inhalte, wenn ein Redakteur der Druckschrift als Täter bestreit ist oder seiner Bestrafung kein rechtliches Hindernis entgegensteht.

Damit hat die Bürgerjustiz selbst anerkennen müssen, daß sie ihre reaktionäre Einstellung wenigstens in diesem Punkte nicht länger halten konnte.

Der Krah in der Wirtschaftspartei.

In der Wirtschaftspartei sind die Gegenseite der verschiedenen Interessengruppen heftig aufeinandergeplagt. Der Streit hat sich an den Bestrebungen auf Förderung der Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume entzündet. Die in der Wirtschaftspartei vertretenen Haushälter wollen die Mieten für gewerbliche Räume hemmungslos steigen, dagegen verlangen die ebenfalls in der Wirtschaftspartei vertretenen Kleingewerbetreibenden, Handwerker usw. die Ausschaltung des Mieterzuges für ihre gewerblichen Räume.

Auf der Tagung der Dresden e. Wirtschaftspartei hat der 1. Vorsitzende der Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei, Bäderobermeister Krah, u. a. gesagt:

Vor aller Deffensilität stelle er fest, daß seine Partei es abschneidet, die gewerblichen Räume unter eine Ausnahmedebsandlung zu stellen. Die freie Wohnungswirtschaft solle nicht dem einen Vorteil und dem andern Nachteil bringen. Dem etwas sich einstellenden Mietpreiswuchs sei mit der ganzen Schärfe der Gesetzeskraft zu Leibe zu gehen, ja man dürfe in diesem Falle auch nicht vor der Androhung der "Todesstrafe" zurücktreten.

Was den Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden angeht, so liegt der Ausstellung des Staatshaushaltssplanes die jetzt gültige Regelung zugrunde.

Hier nach erhält der Staat in voller Höhe: den Landesanteil an der Rennweinsteuer mit der Auflage, ein Drittel für Zwecke der Pferdezucht zu verwenden, den Ertrag der staatlichen Grundsteuer, der staatlichen Gewerbesteuer, der Steuer vom Gewerbebetrieb im Umberzichten, der Schlachsteuer und der Stempelsteuer.

Den Gemeinden u. a. sind in voller Höhe überlassen: Die Grunderwerbsteuer und die Zuschüsse zu ihr, die Wertzuwachssteuer, die Hundesteuer, die Vergnügungssteuer, die Getränkesteuer, so weit ihre Erhebung noch zulässig ist, die Feuerlöschabgabe und andere Abgaben, wie die Schleifenzehrungsabgabe usw.; außerdem dürfen die Gemeinden eine Zulastensteuer zur staatlichen Grund- und Gewerbesteuer bis zu 150 Prozent erheben.

Die übrigen Steuern sind in folgender Weise zwischen Staat

Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk.

Von Jaroslav Hašek.

Copyright by Adolf Synek, Prag 1926.

II. Teil.

Und die Kroni.

1.

Schwejks Witzgeschick im Zug.

In einem Kupé 2. Klasse des Schnellzugs Prag-Budweis befinden sich drei Personen: Oberleutnant Lutsch, ihm gegenüber ein älter, vollständig kahlköpfiger Mensch und Schwejk, der behutsam bei der Kupettelte stand. Er schielte sich gerade an, einen neuen Ansturm des Donnerwetters Oberleutnant Lutsch's über sich ergehen zu lassen, der, ohne die Unwesenheit des kahlköpfigen Jubiläen zu beachten, auf der ganzen Strecke, die sie durchfuhren, Schwejk anpinkerte, er sei ein Kindheit Gottes u. m.

Es handelt sich um nichts anderes, als um eine Kleinigkeit, nämlich um die Zahl der Gepäckstücke, auf die Schwejk achtzugeben hatte.

"Man hat uns einen Koffer gestohlen," warf der Oberleutnant Schwejk vor, "das ist leicht gesagt, du Lump!"

"Milde gehorsamst, Herr Oberleutnant," ließ sich Schwejk leise vernommen, "man hat ihn uns wirklich gestohlen. Auf' dem Bahnhof treiben sich immer viel solche Schwindler herum und ich stellt mir das halt so vor, daß einem von ihnen unbedingt Ihr Koffer gefall'n hat und daß der Kerl es wahrscheinlich ausgenützt hat, wie ich vom Gepäck weggegangen bin, um Ihnen zu melden, daß mit unserm Gepäck alles in Ordnung ist. Er hat uns den Koffer grad nur in so einem günstigen Moment stehlen können. Auf so einen Moment lauern diese Gauner."

Und Schwejk erklärte nachdrücklich: "Am Bahnhof ist immer gejohlt wor'n und wird weiter gestohlen wer'n. Anders geht's nicht."

"Ich bin überzeugt, Schwejk," ergriff der Oberleutnant das Wort, "daß es mit Ihnen einmal miserabel enden wird. Ich weiß noch immer nicht, mach'n Sie einen Dohlen aus sich, oder sind Sie schon als Doh' zur Welt getommen. Was war in dem Koffer?"

"Im ganzen nichts, Herr Oberleutnant," entgegnete Schwejk, ohne die Augen vom dem losen Schädel des Zivilisten abzuwenden, der dem Oberleutnant gegenüber lag und, wie es schien, nicht das geringste Interesse für die ganze Angelegenheit zeigte, sondern die Neue Freie Presse las: "In dem ganzen Koffer war nur der Spiegel

Todesstrafe für die Mietwucherer! Das ist den Parteifreunden des Herrn Kaiser, die an dem Mietwucher so stark interessiert sind, zu starfer Tobal! Das Organ der Dresdner Hausbesitzer schlägt den Herrn Fraktionsvorsitzenden wie folgt ab:

"Herr Kaiser hat auf der Tagung der Wirtschaftspartei in Dresden eins vergessen, nämlich sich auch zu den Forderungen des sächsischen Grund- und Hausbesitzes zu bekennen, der im Vertrauen auf eine wirksame Vertretung sich zum größten Teil der Wirtschaftspartei, deren Führer Herr Kaiser in Sachsen ist, angehören hat. Darüber hinaus hat Herr Kaiser es für richtig befunden, im Namen seiner Partei die Ausführungen zu machen, wußte aber doch ganz genau, daß ein Teil seiner Partei, nämlich der Sächsischen Haus- und Grundbesitz,

nun und nimmermehr damit einverstanden

sein könnte. Er hatte daher gar kein Recht, seine Ausführungen im Namen der gesamten Partei zu machen. Die Tatsachen bleiben sehr zu bedauern und stimmen bedenklich."

In Wahlkämpfen, wo es gegen die Arbeiter ging, standen die Reaktionäre in einer Front; sobald aber die Beute vorliegt werden soll, wollen sie sich mit der Todesstrafe voneinander trennen.

Man darf gespannt sein, wie sich die Regierung durch diese und viele andere Interessengegenseite der Regierungsparolen und ihrer Fraktionen winden will.

Was der Herr Finanzminister versprach!

Unter der finnigen Überschrift: "Und der Herr Finanzminister?" brachte der Freiberger Anzeiger im Briefkasten folgende Notiz:

"Eine ganz bescheidene Anfrage. Ist der neue Finanzminister in dieser Hinsicht der gleiche, der im Sommer vorigen Jahres in einer Protestversammlung des Freiberger Handwerks und Gewerbes gegen die Steuerbelastung so mächtig gegen die Maßnahme der sächsischen Finanzämter loszog? Die Versammlung fand im Tivoli statt, war sehr stark besucht und es machte sich eine scharfe Erregung gegen die Finanzbehörden geltend. Wenn Herr Hugo Weber von damals wirklich der heutige Finanzminister sein sollte, dürfte es interessant sein, zu sehen, wie heute der Herr sich einstellen wird. Wenn es seinem damals vertretenen Prinzip treu bleibt, haben wir großartige Steuererleichterungen zu erwarten. So verlangte er u. a. die Zugleichung von Sachverständigen im Schätzungs- und Einspruchsvorfahren, Freiheitssatz des persönlichen Arbeitsvertrages, vor allem die Anerkennung der Einschätzung der Steuerpflichtigen. Gegen die Finanzämter erhob er den Vorwurf, daß diese ihre Einschätzungen ohne Rücksicht auf die Belange des gewerblichen Mittelstandes und ohne Führungnahme mit den maßgebenden Körperschaften vornehmen. Das wird nun hoffentlich alles anders und besser."

Der Freiberger Anzeiger antwortete darauf:

"Ihr Annahme stimmt. In der Protestversammlung des gewerblichen Handwerks, Kleingewerbes, Gastwirtschaftsgewerbes, Hausbesitzers der Stadt und Amtschäfmannschaft am 11. August vorigen Jahres im Tivoli sprach der Syndicus Hugo Weber vom Landesamt des sächsischen Handwerks, der heutige Finanzminister."

Herr Weber soll seinerzeit auch als Syndicus eine große Denkschrift über Reformen im sächsischen Finanzministerium an die Regierung eingerichtet haben. Ob es Herrn Weber wohl ist, wenn er jetzt an seine Versprechungen vom vorigen Jahr erinnert wird?

Keine Mietzinssteuer für die Landwirtschaft.

Die Forderung nach Steuerbefreiung, die die sächsischen Agrarier auf ihrer Tagung in Dresden so lässiglos und energisch erhoben, haben die Vertreter der Landwirtschaft im Landtag praktisch in einem Antritt formuliert, in dem sie die Befreiung der landwirtschaftlichen Wohngebäude von der Mietzinssteuer verlangen. Bekanntlich sind die landwirtschaftlichen Betriebsgebäude bereits von der Bauernbefreiung. Die Landwirtschaft hat im vorigen Landtag den Agrarern dieses Steuerbefreiung durch Notverordnung gestoppt. Planmäßig stehen die Agrarier jetzt weiter vor. Wie unverächtlich dieser neue Vorstoß ist, geht daraus hervor, daß jeder Arbeiter, der nicht einkommensteuerfrei ist, Mietzinssteuer bezahlen muß, während die Rittergutsbesitzer und die sächsischen Grundbesitzer steuerfrei bleiben wollen.

Dresden. Zwei Verzte wegen Rofainvergehens verurteilt. Zwei Dresdner Verzte wurden wegen Verstoßes gegen die Rofainverordnung vom Schöffengericht zu 500 bzw. 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Klosterbuch bei Leisnig. Doppelselbstmordversuch. In halbsterktitem Zustande wurden hier zwei lebige Bädergelellten aus Leipzig am Waldenauer aufgefunden. Da sie keine Arbeit fanden, gingen sie hier in die Mühle, um aus dem Leben zu scheiden. Weil das Wasser jedoch zu kalt war, schleierten sie wieder heraus. Sie wurden ins Krankenhaus nach Leisnig gebracht.

Döslitz. Ungetreuer Abteilungsleiter. Wegen Verfehlungen im Amt wurde der Abteilungsleiter des hiesigen Wohnungsamts, der Privatangestellte U., verhaftet und ins Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

Und jetzt ereignete sich etwas Entsetzliches. Der kahlköpfige Herr sprang auf Schwejk zu und brüllte ihn an: "Marsch heraus, Sie Schweinstiel!" Sieg' ihn auf den Gang und kehrte ins Kupé zurück, wo

Wir warten...

Aus dunklem Traum der Nacht
Riecht uns des Weckers Surren;
Hand drauf, ihn ausgemacht,
Sprung, raus; fast — ohne Murren.
Wir warten...

Tremmühle der Gewalt
Zwingt dich in ihren Fron,
Und deine Menschenheit
Durchschreite Strafen schon.
Wir warten...

Einmal ruft anderer Ton
Ums auf zur bessren Pflicht;
Fühlst du, Prolet, nicht schon
Der Zukunft Morgenlicht?
Wir — kämpfen!

U.O.

Der Proletarier spielt.

Von Alexander Gergely.

Warm schien die Sonne, und die Kinder jogen sich in den Schatten der dichtblauenden Bäume zurück. Da lagen sie, lachten, hüpfen und sprangen lachend umher, Neptunen auf die Bäume: die zerlumpten, auf sich selbst angewiesenen Kinder waren ungewohnt. Frei waren sie in dem kleinen, sahnen Garten, der noch eher ein Hof, Lagerplatz oder Misthaufen war.

Aber die hellen Sonnenstrahlen erwiderten sie, und darum schauten sie sich im Schatten. Sie schliefen auch, dann betrachteten sie die trockende Wäsche an dem vom Wind beschädigten Zaun, oder sie saßen das grüne, unreife Frühstück... So verging der Nachmittag, bis sie wieder im Beifall ihrer Kräfte kamen.

Spielen wir etwas — sagte das ältere Kind. Und die übrigen vier reckten sich empor, schoben ihre Köpfe zusammen und singen an, sich zu berufen. Am Boden blieb nur ein kleines, blaßes Körnchen liegen; gelblich schimmernde unter seinem gerissenen Hemd sehr kleiner, schwacher Körper... Nur seine Augen guckten zu den Kameraden empor, und sein Mund rang gewaltsam nach Lust.

Die andern gestifflerten, lachten — und begannen das Spiel. Franz, der große, hochgeschossene Bengel, stürzte auf die Straße und lehrte schaumbund und hupend zurück. Er wirbelte den Staub auf, quietschte, bestürzte die Kinder, überfuhr sie, wie ein Auto... Das wurde aber langweilig, und sie beriefen sich abermals. Sie spielten schon müde, nichts blieb übrig in ihrem kleinen Gehirn; sie spielten doch den ganzen Tag hindurch...

Der Gräßere, ein unbändiger Charakter, lief in die Ecke des Zimmers und sang an zu johlen. Hungrige Hunde heulen so, und die Kinder bellten verständnisvoll zurück. Mit den nackten Schultern trampelten sie im Staub herum, und mit den emporgeschobenen Beinen umklammerten sie die jungen Bäume und waren glücklich.

Dann erhob sich der zweite, sammelte große Kleedeläder an dem am Ende des Gartens liegenden Kanalstief. Er wusch die Blätter in dem Graben, las Steine auf und streute die zerfetzten Hemdenärmel hoch. Er wusch, und endächtig betrachteten die übrigen.

Unterdessen lachte Miss Lumpen und Blechtlädchen auf dem Misthaufen und trug sie unter den Baum. Mit großen Verbeugungen und seine Hände reizend rief er: „Befehlense, bitte schön, Küssersauf, Preiserhöhung!“ Die andern summelten sich hin und singen an glücklich zu handeln. Nur das blonde Kind lag stumm neben ihnen mit weichem Gesicht und weit geöffneten Augen. Er war einst der berühmte Spieler. Ja, wahrscheinlich kann er auch jetzt einem fabelhaften neuen Spiele nach.

Sie machten ihrem Laden ein Ende. Die Steine, Holzstücke und Lumpen warfen sie im Garten umher und gassfen einander wieder an, wie junge Kälber, und beriefen sich abermals. Der eine stieß seine Hand vor, spuckte laut und pustete. — So macht es die Lokomotive. — Er sang an zu laufen, die andern folgten ihm, und frühlich spielten sie Eisenbahn.

Dann setzten sie sich und ahmten nacheinander die Stimmen der Tiere nach. So macht das Hornvieh, so der Löwe, die Ziege, das Schwein, der Hund. Sie heulten, schlugen Purzelbäume, tollerten mit ihrem Kopf im Sande, an ihrem schmutzigen Gesicht zudie das Lachen in hässlichen Grimassen... Franz klappte seinen Mund voll Gras, sein Gesicht schwoll an, gewaltige Schläde folgten und er stöhnte kaum hörbar: So... so machen es die Reichen — und er streichelte seinen Bauch.

Die Kinder wurden ernst. Franz spie das Gras aus und seine Stirn legte sich in Falten. — Eben, essen... jetzt meditieren das schon, wie die Schafe auf der dürren Weide und vergaßen sogar das Spiel — ich bin hungrig... ich bin hungrig

Sie gingen auseinander, ließen auf die Straße; ihr Heulen hallte auf an den sommerlichen Straßen; aber in der äußeren Vorstadt zeigten sich noch kaum Menschen, und die wenigen, die sich mühsam in Staub und Hölle vorwärts schleppen, eilten erschrocken und angefroren an den dreistigen Kindern vorüber.

Unter dem Baume blieb nur das blonde Kind. Seine kleine, schmale Brust schwoll an und flachte wieder ab. Sein bläulicher Mund zuckte; er stotterte unverständliche Worte. Der Wind wehte kraftlos, rasselte nur die Blätter des Baumes, rührte den Staub auf, aber dem Schwein zuckte er nicht auf der kleinen Kindesstirn. —

In dem Zaun erschien jetzt ein neuer Kinderkopf. Blöd stierte er nach vorne, lachte vielleicht die andern.

„Peter!“ schrie er, „Peter, soll ich kommen?“ Über Peter, der kleine Blonde, antwortete nicht, und das Kind kletterte hinüber. Es warf sich mit einer heftigen Anstrengung über den niedrigen Zaun. „Peter, spielen wir...?“

Aber die großen Augen Peters schauten steif vor sich hin. Der neu Angelommene kniete vor ihm hin. Er klug Purzelbäume, lief auf Füßen und Händen um ihn herum, krähte, aber am Gesicht Peters anders als keine Milie. Mit weitgeschobten Augen starrte er auf die Krone der Bäume. Kein Ergebnis. Das Kind singt an zu weinen und schlüttete den kleinen Blondinen.

„Aber, lach doch!“ winfelte er, „Peterchen, lache doch,“ und singt an zu poltern, zu heulen... „Du, so macht die Lokomotive, so das Schwein...“ er sah da, mit herumgewischendem Blick, erschrocken betrachtete er seinen kleinen, gelben Kameraden; dann legte er unsicher seinen rechten Fuß ab, schob mit seiner rechten Hand den im Eisenbogen abgeschnittenen linken Stumpf vor Peter hin, „Peterchen, so macht es die Straßenbahn...“ und wußt sich mit hysterischem, zuckendem Weinen auf den Boden, neben seinen steifen, wortlosen, kleinen Spielmädern hin.

Später sausten auch die übrigen herein. Wie eine kleine Herde von der Weide. Sie waren bresig und zuspielten. Vielleicht stahlen oder bettelten sie irgendwo etwas zu essen, und nun begannen sie erneut einen wiehernen Chorgesang...

„Er will nicht spielen“, logte mühsam der neue Kamerad, „Peterchen spielt nicht.“ Alle standen im Kreise um das auf dem Rücken liegende Kind herum. Sie betrachteten es neugierig. Franz duckte sich und hob Peters Fuß. Er war steif und fiel auf den Boden zurück wie ein Stück Holz. Sie knieten neben ihm, befallten seinen Kopf, bildeten sich über die weitgeschobten Augen und den offenen Mund. Dann standen sie auf und lachten einander — mit dem Kopfe schüttelnd — verständnisvoll an.

Ja, Peter ist ein großer Meister. Immer war er der Lustigste und erfand immer die schönsten Spiele... Zeigt gewiß auch, wie der Papa es oft tut, liegt er auf der Erde mit glühenden Augen.

„Ja, der Papa pflegte so zu liegen, wenn sein Brot, wenn nichts im Hause ist, und der Vater sagt: „Man muß vor Hunger sterben!“

Franz hockte am Boden, ließ den Kopf hängen und singt an, in langgezogenen Tönen zu heulen. Die andern machten es ihm nach, und die Stimmen der kleinen Versammlung einigten sich in einem furchtbaren Winseln... Schließlich wurde ihnen auch das langweilig; sie erhoben sich und rannten davon. Peterchen lag nun da, bewegungslos unter dem Baum, und niemand blieb bei ihm. Der Wind wehte stärker, summend sangen die Blätter der Bäume, in großen Wolken zog der Staub über die kleinen, zerfallenen Häuser hinweg... Durch den niedrigen Zaun froh ein Hund. Ein herumschwender, schmutziger Hund. Er stürzte in einer großen Staubwolke vor und singt an, Absatz zu suchen. Er rieb sich an Peterchen. Schob seine Schnauze tief zwischen die Fugen eines kleinen Kinderkörpers, sprang dann erschrocken, winselnd von dem Leichnam weg...

Peterchen blieb nun ganz allein. In der beginnenden Dämmerung schlug spielend der Wind die Krallen — wie ein hungriger Greif — in seine Haare und in sein Hemd.

(Aus dem Ungarischen übersetzt von László Első.)

Der Frauenfunk.

Frauenfunk?

Gibt es auch einen Männerfunk? — Nun, das wohl gerade nicht. Die allgemeinen Programme des Rundfunks brachten nur nicht jene Darbietungen, die die Frau speziell interessieren. Die Haltung der männlichen Welt drängt die Frau noch immer in eine Stellung, die eine Menge Fragen, von Frauenfragen, in sich schließt. Von ihnen zu sprechen, sie zu erörtern, ist der Wunsch der Frau. Und der Rundfunk, dieser Universalbefriediger, macht sich auch an diese Arbeit. Im Leipziger Sender wurde das schon einmal versucht. Die Frauen besaßen in den jungen Tagen des Rundfunks die „Frauen-Stunde“. Ein übler Bums, über den man besser schwiegt, schon weil die Weranwältlichen einsichtig genug waren, diese Stunde der Frau wieder einzustellen. Später brachte Berlin „Zehn Minuten der Frau“. Von einem schwärmerischen Oberlehrer erachtet, als Beratung der Hausfrau, ohne Geld das Leben schön und gemütlich zu gestalten. Aber auch das war für den Leipziger Sender, der den jugendlichen Leichtsinns abgestreift hatte, nicht die geeignete Form des Rundfunkprogramms für die Frau.

Die Frau braucht mehr. Noch steht ihre Freiheit nur auf der Papier „Verfassung“, die zerrissen werden kann, und besteht in dem Papier „Wahlzettel“, den man ihr wieder entziehen kann. Noch ist sie eingesperrt im Leben. Im wirklichen Leben der Gesellschaft, der Familie, verdrängt und behindert. Sie muß darüber aufgeklärt werden, daß sie ebensoviel Recht hat auf Selbständigkeit wie der Mann. Bis zu ihrer vollständigen Befreiung ist jedoch noch ein weiter Weg. Über ihre Freiheit ist ein Teil der unverbrüchlichen Menschenrechte, die zu erkämpfen höchste Menschenpflicht ist. Darüber und über noch vieles andere würde die Frau etwas hören wollen im Rundfunk.

Und wie steht nun der Frauenfunk des Leipziger Senders aus?

Der erste Vortrag in der neuen Einrichtung hatte noch Interesse. Der zweite brachte die „Weihnachtslegende“. Man hätte den Frauen vor Weihnachten noch etwas anderes zu erzählen gehabt, aber lassen wir das. Die nächste Woche wurde „Erlkönig gemacht für die „Frauenwohnungshilfe“. Das ist so: Wenn vierzig Familien in einem Jahre je 25 Ml. sparen, erhalten eine von ihnen 1000 Ml. als Hypothek auf ein zu bauen Haus. Ergänzt ist dabei das Beispiel: Wenn einer Pech hat, part er sich in 40 Jahren 1000 Ml. und hat doch keine Hypothek; denn die Hypotheken werden ausgelöst. Das ganze ist genehmigt vom Sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium, ist eine nette Idee und Beschäftigung der Frau Dr. Hertwig-Bünger. Doch diese basiert eine halbe Stunde von den 26 im Jahre dem Frauenfunk zur Verfügung stehenden in Anspruch nimmt, war weniger nett.

Einmal las Frau Meta Delitz-Reinhold einige auch im Rundfunk schon oft gehörte Dinge über Kaiserin usw. vor. Weder eine kostbare halbe Stunde verlief. Dann nannte die bekannte Damenschneiderin einen Vortrag: „Die Frau im Reich der Mode“ und gab einen Auszug aus dem neuesten Heft der „Dame“. Was sagt zu dieser Gotha des Frauenfunk des Vertreterin des W.B.Z. die in dem Auschluß für den Frauenfunk der Mirag ist?

„Kun, sie hat es so ausgedeutet: „Wo die Interessen der arbeitenden Frau abweichen von dem im Auschluß von den einzelnen Frauengruppen vertretenen, sind es Punkte, die ohnehin über den Arbeitskreis des Rundfunks hinausgehen.“ Ausgezeichnet! Hin-ausgehen! — Wo hinaus? — Diese ausgangshabenden Punkte liegen in jenem unbedrittenen Land der wahren Bedeutung des Rundfunks. Gerade dort, wo sie sich spalten — die Interessen der betriebsamen Frau, des Hausfrauenvereins, von denen der arbeitende Frau — da sollte der Rundfunk als Verkinder stehen. Ist es so schwer, zu erkennen, daß die Deutschen schon dort beginnen, wo man den angeblich noch gemeinsamen Punkt wählt? — Weil jedes Wort Wahrheit über eine entziehete Schicht Menschen Aufschluß, Rebellion bedeutet! — Weil mit dem Erkennen der Entzückung der Wunsch nach Anderung, nach Revolution in das Bewußtsein jedes Menschen tritt. Weil die „vertretenen Frauengruppen“ ein Grauen erfaßt, wenn sie das Wort Revolution nur hören. Über gerade die Verbreitung von Erkenntnis ist Ausgabe des Rundfunks, auch des Frauenfunk.

Die ersten Broden zeigen nicht den richtigen Weg; der eingeschlagene braucht aber noch nicht der endgültige zu sein. Läßt prühen über die allgemeinen Menschenrechte der Frau, über das Arbeitszeitgesetz der Hausfrau, über die Ausbildung, die der Staat den Erzieherinnen seiner Jugend gewährt. Werft die Frage auf, wie der Staat den Frauen hilft, um ein gefundenes Volk zu entwickeln; fragt die Mütter, ob sie mit Schmerzen gebären, ob sie unter Opfern erziehen, um ihre Kinder abschlachten zu lassen.

Hier sind Vorschläge. Ich hoffe, daß sie den Bedingungen entsprechen, die der L. L. Z. gegeben sind, daß sie nämlich sachlich gestellt sind. Nur meinen Namen und Adresse habe ich nicht genannt, weil diese Forderung unberichtig ist, und weil ich glaube, im Namen von Leidenden zu sprechen. Darf ich trotzdem den versprochenen sachlichen Prüfung durch die Mirag und den Auschluß des Frauenfunk gewiß sein? — Bitte, aber eine sachliche Prüfung! — J. B.

im zerfließenden Umriß der musikalischen Gebilde die Romantik deutlich an. Mehr musikalische Schöpfertalent als mancher heute vielumtriebene Opernkomponist belah der geniale Dichter gewiß. In einigen glänzenden Solostücken erwies sich die Harfe nur zur Begleitung von Kunsterlichkeit und Klängeffekten brauchbar, während sie in der Begleitung von Volksliedern oder volkstümlichen Gesängen — von Hilde Weyer mit guter, aber klarer Stimme gesungen — eine vorzügliche, stimmungstarke Wirkung ausübte. Die seltene Kunst und ihr sicherer Beherrschter wurden mit diesem Besuch bedacht.

Von Eva Stummie, die in ihrem Viederauftritt im Kaufhaus von Aleg Conrad feinsinnig begleitet wurde, hörte ich Brahms-Vieder. In der Mitte des Konzerts erreichte sie die besten Leistungen; im Anfang hemmte sie Gefangenheit, die letzten Lieber lätt unter Er müdung. Schöne stimmliche Anlagen, geschmacvoller Vortrag. Mußlosigkeit sind vorhanden, nur ist infolge mangelnder Stimmtechnischer Sicherheit das Gelingen der Töne, besonders der tieferen, noch recht ungleichmäßig. Immerhin verdiente sie am Ende Beifall, als die Beifallsherzen von Gründen, die vom „Conzertstand“ keine Ahnung haben und zu einem kleinbürgerlichen Volks- oder Familienerfolg umgehen, was für ein erstes Konzert eine ehrlöse, anständige Leistung bedeutete. H. W.

„Unterm Sternenbanner“ von Oskar Umlinger (Maltes Verlag, Marbändchen). Oskar Umlinger ist einer der gewandtesten und geschicktesten Journalisten, die die amerikanische Arbeiterschaft gegenwärtig hat. In dem kleinen Bändchen „Unterm Sternenbanner“ gibt er uns in einer Sammlung kleiner Aufsätze eine lebendige Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Vereinigten Staaten. In satirischer und humorvoller Weise beleuchtet er die großen geschichtlichen Ereignisse des Landes und zeigt uns, wie die amerikanischen Unternehmen verstanden haben, mit den Parolen „für Freiheit und Menschenrechte“ die Arbeiterschaft im Kriege und in der Wirtschaft sind dienstbar zu machen. Obwohl das Büchlein, wie der Titel sagt, von den Vereinigten Staaten handelt, verleiht es am Ende Beifall, als die Beifallsherzen von Gründen, die vom „Conzertstand“ keine Ahnung haben und zu einem kleinbürgerlichen Volks- oder Familienerfolg umgehen, was für ein erstes Konzert eine ehrlöse, anständige Leistung bedeutete.

Wie aus Sage Geschichte wird. Die Filmexpedition, die zur Herstellung eines Robinsonfilms sich nach der Insel begeben hat, auf die Defoe die Handlung seines Robinson-Romans verlegt, hat unter den dortigen Eingeborenen die feste Überzeugung von der historischen Realität des Robinson-Geschichte vorgefundet. Es wurden ihr sogar die einzelnen Stellen gezeigt, an denen Robinson sich an Land setzte, seine Burg baute, seinen Gesellen Freitag fand usw. Die Vorstellung, daß es sich bei allem um die Erfahrung handelt, die Robinson in einem Roman schreibt, vermittelte uns neue Kenntnisse und neue Beispiele materialistischer Geschichtsauffassung.

H. B.

Wie aus Sage Geschichte wird. Die Filmexpedition, die zur Herstellung eines Robinsonfilms sich nach der Insel begeben hat, auf die Defoe die Handlung seines Robinson-Romans verlegt, hat unter den dortigen Eingeborenen die feste Überzeugung von der historischen Realität des Robinson-Geschichte vorgefundet. Es wurden ihr sogar die einzelnen Stellen gezeigt, an denen Robinson sich an Land setzte, seine Burg baute, seinen Gesellen Freitag fand usw. Die Vorstellung, daß es sich bei allem um die Erfahrung handelt, die Robinson in einem Roman schreibt, vermittelte uns neue Kenntnisse und neue Beispiele materialistischer Geschichtsauffassung.

Eine Thernischowksi-Fest unter persönlichem Mitwirkung des Dichters veranstaltet am Dienstag, dem 1. Februar, der Jüdische Studentenverein im Zoo.

Alles Theater. Sonnabend, den 5. Februar, kommt, wie bereits angekündigt, Dr. Eichs „Aufstandsnacht“ unter der Leitung Willy Kromachers zur alleinigen Uraufführung. Die weibliche Hauptrolle spielt Nina Cartens von den Münchner Kammerspielen als Gast. Die Vorstellung findet außer Unrecht statt. Der Vorverkauf beginnt Montag, den 31. Januar.

Neues Theater. Der Vortrauilauf ist die am 10. Februar stattfindende Uraufführung von Ernst Krenek's „Jonny spielt auf“ beginnt Mittwoch, den 2. Februar, an der Logestraße.

Staatsoper. In Abänderung des Spielplanes wird „Sextett“ in dieser Woche noch dreimal gegeben, und zwar am Montag, dem 31. Januar, Freitag, dem 4. und Sonntag, dem 6. Februar. Lumpenabendbundus“, das bereits seine 25. Aufführung hinter sich hat, wird am Mittwoch zum letzten Male gegeben, am Donnerstag „Mrs. Chenes Ende“ und am Sonnabend zum letzten Male „Der Krieg am Schleideweg“.

Galerie Del Vecchio. An Einzelwerken sind zur Zeit ausgestellt: Werke von Andreas Wenzel, Ph. Nöth, Prof. W. Geffken, Christian Heuser, Otto Baureid, Prof. Drathmann, Prof. Karl Wenzel, Max Gaizer, U. Rauer, O. Schmitt, E. Cucuel u. a. auch ein Werk von dem Maler E. T. Compton, darstellend „Die Ganglossergruppe von Bardoi aus gesehen“, eine Gebirgslandschaft von wunderbaren Farbenwirkung und feinsten künstlerischen Durcharbeitung. Es dürfte für jeden Kunstsinnern von Interesse sein ein so seltenes Werk zu sehen. — Die Galerie ist täglich geöffnet von 9 bis 7 Uhr. Sonntags geschlossen.

Filmkino.

Hotel Stadt Demberg ist ein ganz hervorragend gemacht Kriegsfilm, dem man trotz seiner Interessantenheit zwei Einwände entgegenhalten muß. Erstens, daß er überhaupt ein Kriegsfilm (wenn auch kein völkischer) ist, und zweitens, daß sein Krieg „gemacht“ ist. Glänzend, aber doch gemacht. Es beginnt mit wunderbaren Bildern vom Rückzug der Österreicher in Galizien und zeigt dann im mehrfachen Wechsel der Russen und Österreicher eine Kleinstadt. Das Hotel „Imperial“ wird Siabsquartier des russischen Generals. Um ihn herum entwirkt sich ein Leben wie in Charlottenburg. Die gelbe Generalsbeste ist selbst wünschlich ein Siabsmädchen zu besitzen; dieses aber verheimlicht und versteckt einen zurückgedrehten österreichischen Leutnant. Der Schluss wird gekrönt von der Verleihung der Tapferkeitsmedaille und dem Verlöbnis zwischen Leutnant und Siabsmädchen. Davon, daß der Krieg danach noch 3½ Jahre dauerte, das in jedem nationalen Revanche mit Ehren steht. Nur in seinem russischen ist denn der Film mit Ehren gestanden. Die Darstellung in diesem Film ist geradezu vollendet.

George Siegmund als General, der Typ überfürstlicher Brutalität, kennzeichnet das Wesen des Berufskrieges und hinterläßt einen unvergesslichen Eindruck. (Moria und Königspavillon). Ein Film ohne Handlung, aber voll guter Einfälle ist die heitere Geschichte Theater im mal. Eine Kellnerin sehnt sich nach der Bühne, und nachdem ihr allerletzt Komisches widerfahren ist, hat sie zwar keine Vorbeeren geerntet, sondern einen Mann mit einer Konditorei. Eine an Unmöglichkeiten reiche Kasse, aber die Swanen erlebt sie so schamhaft, daß man Spaß davon haben muß. (Kasten).

Ja, der Sonnenchein — der weltberühmte Sing-Schlager gab den Vorwand ab für die (wenig auch im Leben nicht sehr seltenen) Komödie mit der nicht gerade geschmacvollen Schlussopte. Dazu ist ein Theaterdoktor seine Soubrette heiraten darf, weil seine Frau im geeigneten Augenblick von einem Automobil überfahren wird. Filmisch üblicher Durchschnitt. (Universum).

Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 31. Januar.

Statt sozialer Fürsorge Religion.

Dem Volke muss die Religion erhalten bleiben! Das ist der Hauptgrundzäh des Reichsverbandes der evangelischen Eltern- und Volksschule. Sie wollen natürlich nicht Religion an sich, sondern die Religion des Protestantismus verbreiten wissen. Zur Erreichung dieses Ziels veranstalten sie alle Jahre „Reichsverzeichnungswochen“. Die diesjährige hat gestern ihren Anfang genommen und soll bis Sonnabend, den 5. Februar, andauern. Für Leipzig wurde sie mit einem Festgottesdienst in der Johanniskirche eingeleitet. Hierbei entnahmen den Lippen des Predigers, Pfarrers Barthelwitz, wie man einem Bericht der L. R. A. entnehmen kann, folgende feinste Worte:

„Man müsse sich darüber endlich klar werden, dass man ins Uferlose steuere, wenn Gott und Christus für uns und unsere Kinder nicht als das alleinige Ziel gesehen sei. Nur in der Religion liege der einzige, klar vorgezeichnete Weg zu diesem Endziel. Hineingestellt als ein fester Hort in das Ringen und Kämpfen des Alltags, steht das Gotteswerk als der Eingangs- und Ausgangspunkt zur christlichen Erziehung. Alle christliche Erziehung aber habe ihren Ursprung im Elternhaus, und besonders der Mutter sei die heiligste Pflicht auferlegt, ihren Kindern zuerst Gottes Wort nahezubringen. Das bedeute den Grundstein für die Religion im Elternhaus. Alles, was auf dem heutigen Markt an humanen, idealen, sozialen, nationalen und internationalen Bestrebungen angeboten werde, müsse zurücktreten vor dem Gottesmenschentum. Vor all diesen Erziehungsmethoden seien die Eltern gar nicht, wie die Jugend angestrengt sei von Lebensmüdigkeit. Deshalb gebe es kein anderes Ziel für gesamte Menschheit, als sich in christlicher Erziehung zum Erlöser am Kreuze zurückzufinden.“

Dem Volke muss die Religion erhalten bleiben. Fort mit Humanität! Fort mit den Idealen! Fort mit den sozialen Bestrebungen! Fort mit dem großen religiösen Altersverein! Fort mit dem Gottesmenschentum! Mit solch elendem Pfaffengeschwätz sollen Eltern und Kinder beschämt und allen Versuchen der Selbsthilfe in all dem Elend, das eine auf krassem Egoismus aufgebauten Gesellschaftsordnung ausgehäuft hat, entzweit werden. Wer Anecht ist, soll Anecht bleiben! sagte vor etwas mehr als einem Jahrzehnt der Regensburger Bischof Henle. Was hier der Pfarrer Barthelwitz vom Stapel ließ, läuft auf dasselbe Ziel hinaus. Ob Katholik, ob Protestant, in der Anechseligkeit gegenüber der kapitalistischen Herrschaftsform sind sich alle Pfaffen gleich. So sehr sie auch gegeneinander wettern und sich bemühen, dem Kollegen von der andern Fakultät die Schäfchen aus der Hürde zu holen, wenn es gilt, sie dem Kapitalismus in die Pferche zu treiben, arbeiten sie brüderlich Hand in Hand. Ohne christliche Erziehung keine der göttlichen Weltordnung“ lammstamm ergebenen Ausbeutungsobjekte, und darum auch keinen Pfaffen, der Menschlichkeit und sozial erträgliche Zustände für das Proletariat höher stellt, als den blinden Gläubigen an eine ewige Seligkeit im Jenseit, nach der Erfüllung vom Kreuze des gottgewollten Kapitalismus. Immer intensiver wird das Geschrei von der Erziehung zur Religiosität. Dieser Tage war auch der Deutsche evangelische Gemeindetag verhängt. Er wimmerte darüber, dass die Kirche jetzt „ganz abhängig“ gemacht sei „vom guten Willen des Steuerzahlers“; es sei dringend notwendig, auf dem Wege der Gesetzgebung alle „Erwerbstätigkeiten zu fassen“. Am Geldeut natürlich. Dazu soll auch das Schlagwort von der Erziehung durch Religion dienen. Auch daraus vermag man zu erkennen, was auf dem Spiele steht, wenn die Bevölkerung diesem Treiben tapferlos zusehen wollte.

Der versunkene Hillmann.

Die Schulleitung, die Vertretung der Lehrerschaft und der gesamte Elternrat der 14. Volksschule beschäftigten sich, wie uns von dem Vorsitzenden des Elternrats mitgeteilt wird, in einer gemeinsamen Sitzung am 19. Januar mit den bekannten Vorgängen. In erschöpfernder Aussprache wurden die in der Offenbarlichkeit erhobenen Bedenken gegen Schulleitung und Vertretung der Lehrerschaft vollends zerstreut. Nachdem das Schulkollegium in nicht mißverstehender Art von Herrn Lehrer Hillmann abgerückt ist, und eine bereits veröffentlichte Entschließung dieses zur Kenntnis brachte, erklärten sich die Anwesenden auch fernerhin zu gemeinsamer Arbeit bereit. Die Entschließung wurde auch von den christlichen Elternschaftsmitgliedern gutgeheißen. Die gegen Herrn Lehrer Hillmann persönlich vorgebrachten Belange bleiben von den übrigen Beschlüssen unberührt.

Am Freitag nahm auch eine äußerst starkbesuchte Elternversammlung der 14. Volksschule zu dem Fall Hillmann Stellung und stimmte einstimmig folgender Entschließung zu:

„Die am heutigen Abend versammelten Eltern und Erzieher bedauern es außerordentlich, dass durch die Tätigkeit eines Angehörigen des Lehrerkollegiums dieser Schule die bisherige Gemeinschaftsarbeit in solch gräßlicher Weise beeinträchtigt wurde. Herr Lehrer Hillmann hat durch seine geradezu unverhältnismäßige und durch nichts zu rechtfertigende Handlungswelt das Ansehen dieser Schule schwer geschädigt. Er hat die Tätigkeit der an dieser Schule amtierenden Elternräte in geradezu unerhörter Weise herabgewürdigt, in seiner Schmähschrift „Die verlassene Volksschule“ ein Jerrbild gehässiger, persönlicher Art gezeigt, wie es wohl nur auf den Ausfluss kräfthafter Phantasie und überspanneter Anschauung zurückgeführt werden kann. Eltern und Erzieher und Elternräte erheben gegen eine derartige unerhörte Handlungswelt den schärfsten Protest. Sie stellen sich auf den Boden der Entschließung des Lehrerkollegiums dieser Schule und fordern darüber hinaus eine amtliche Untersuchung des gegen Herrn Hillmann erhobenen Beschwerden sowie Überprüfung dieses Herrn von dem bisherigen Gebiete seiner Tätigkeit, um die Schule fünfzigfach vor solchen ähnlichen, das Ansehen der Schule schwer schädigenden Maßnahmen geschützt zu sein. Ein weiteres Verbleiben dieses Herrn an der 14. Volksschule würde seitens der Eltern und Erzieher als eine Herausforderung zu betrachten sein; die daraus entstehenden Umstände können noch gar nicht vorauszusehen sein.“

Herr Hillmann war ausgezogen, um durch eine gemeine und verlogene Schmähschrift gegen die Volksschule den in ihr herrschenden neuen pädagogischen Geist zu vernichten und für die Biedereinführung der alten Schule zu kämpfen, in der der Babel geschwungen wird und die Religion das Hauptthema ist. Er glaubte sich zum Reiter der „versunkenen“ Volksschule aufzuhängen zu können, und ist jetzt selbst am Versinken. Sogar christliche Eltern und Elternräte sind von Herrn Hillmann abgerückt; denn die obige Entschließung hat sogar die Zustimmung vieler christlicher Eltern und auch der christlichen Elternräte ge-

funden. Ob wohl Herr Hillmann, nachdem seine Person eine solche Kennzeichnung durch die Elternversammlung seiner Schule gefunden hat, und er als ein zerstörer der schulischen Gemeinschaftsarbeit gebrandmarkt ist, daraus die Konsequenzen ziehen wird.

Ein Schlag gegen die Arbeiterschaft.

Die Landesversicherungsanstalten als Träger der Invaliden- und Altersversicherung sowie die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte sind in den letzten Jahren immer mehr dazu übergegangen, Heilstätten, Sanatorien usw. einzurichten, in denen der Betriebserfolg Heilbehandlungen gewährt werden. Die Krankenkassen und andere Körperschaften haben für ihre Mitglieder Erholungsheime gebaut, in denen Kranken und Erholungsbedürftige auf einige Wochen zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit untergebracht werden und Gefunde ihre Ferien vorleben können. Seit einiger Zeit kann nun beobachtet werden, dass sich gewisse Kreise gegen die Schaffung von Erholungsheimen wenden und die im Interesse der Volksgesundheit liegenden Bestrebungen als Erholungsheimfimmel bezeichnen. In der illustrierten Beilage in der Neu-Jahrsnummer der Leipziger Neuesten Nachrichten forderte ein Herr Paul Otto Horberger

eine behördliche Eindämmung der Manie der Gründung von sogenannten Erholungsheimen, die in ihrem jetzt schon bestehenden Nebenrahm (?) eine volkswirtschaftliche Gefahr darstellen (?).

Die Krankenkassen, die Landesversicherungsanstalten und die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte haben aber auch einen Teil der Betriebserfolg in Badeorten eine Badeturm als Heilbehandlungen gewährt. Der Freistaat Sachsen, der Volker von Böhmen ist, gewährt an Minderbemittelte ganze und halbe Freistellen und ermöglicht es, dass auch Mitglieder von Krankenkassen usw. in den staatlichen Heimen untergebracht werden können. Gegen diese Einrichtungen laufen die Interessengruppen Sturm. Die Besserstiuier, die Richtstuer und Faulenzen empören sich darüber, dass auch Arbeiter, Angestellte und deren Frauen durch die Sicherungen, die soziale Fürsorge und Wohlfahrtspflege Badeurlaub gewilligt bekommen, und machen deshalb ihre Badeturm in ausländischen Bädern. Die Damen der besseren Gesellschaft, die in den Bädern ihre Luxusgarderobe zur Schau tragen, empfinden es als unerhört, wenn schließlich bei einem Aufkonzert einfach gekleidete Arbeiterfrauen neben ihnen Platz nehmen. Diese Kreise ist es auch unangenehm, dass die Arbeiter und Angestellten stehen können, wie andere es in den Bädern treiben. Die Angelegenheit ist bereits so weit gediegen, dass sich auch Badeverbauungen, Badeärzte, Hotel- und Haushalter gegen die Errichtung von Erholungsheimen bzw. gegen die immer mehr zunehmende Gewährung von Badeurlauben an Sozialversicherete wenden, weil dadurch ihre Einnahmen zurückgehen und angeblich der gute Ruf der Badeorte geschädigt wird (?). Am 25. Januar tagte in Schreibershau der 54. Schlesische Baderat, der ebenfalls zu dieser Frage Stellung nahm. Der Baderdirektor Berlin-Altheide wandte sich gegen die überhandnemden Erholungsheime, deren Missbrauch (?) auch die schlesischen Bäder schädigte. Der Arzt Dr. Schefer aus Bad Griesbach hatte einen Vortrag ausgearbeitet, der eine lebhafte Aussprache hervorgerufen hat. Es wurde zum Ausdruck gebracht, dass die Heilsbäder unter den gegenwärtigen Verhältnissen schwer zu leiden hätten, und doch, wenn die gegenwärtigen Zustände fortduerden, die „vollzählenden Kurgäste“ mehr und mehr ins Ausland getrieben würden (?). Es soll deshalb versucht werden, die jetzigen Verhältnisse abzändern. Dieser Vorgang ist von großer Bedeutung, weil sehr viele Sozialversicherete nach den schlesischen Bädern Altheide, Görlitzdorf, Kudowa, Reinerz usw., die an dieser Tagung teilnahmen, geschickt werden. In andern Bädorten, z. B. Bad Elster, sind die Hotels und Hausfürsorge schon längst dagegen Sturm gelauft, dass die soziale Baderfürsorge weiter ausgedehnt wurde.

Nach alledem haben die Arbeiterveteranen in den verschiedenen Körperschaften alle Ursache, den geschilderten Vorgänge die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Von der Tätigkeit der Wohlfahrtspolizei.

Die umfassende Tätigkeit der Wohlfahrtspolizei auf allen Gebieten des Handels und Gewerbes erstreckt sich neben andern wichtigen ihr noch zugeschriebenen Aufgaben auf die Überwachung der Betriebe, in denen Nahrungs- und Genussmittel hergestellt und verkauft werden. Für die Wohlfahrtspolizei ist weiter ein großes Arbeitsgebiet in der Sauberkeitsregelung aller der Betriebe gegeben, in denen menschliche Arbeitskräfte tätig sind und für die Mahnungen vorgeschrieben sind, die zum Schutz der Gesundheit und des Lebens der Angestellten dauernd Beaufsichtigung unterliegen. Neben seiner hauptfachlichen Tätigkeit muss der Wohlfahrtspolizeibeamte bei seinen täglichen Kontrollen sein Augenmerk auf die Befolgung aller Gesetze und Verordnungen auf dem Gebiete der Nahrungs- und Mittelgeleistung, des Verkehrs mit Milch, Butter und ähnlichen Produkten und weiterhin auch auf die Überwachung der Gaststätten für Bier, Wein und Spirituosen lenken, an denen das Publikum in seiner Achtsamkeit vorübergeht, ohne zu bedenken, dass gerade auf dem Gebiete der sozialen Hygiene unter Auflösung jeglicher Vorhalt gefundene häusliche Störungen Krankheiten nicht nur für den einzelnen, sondern für die Gemeinschaften eintreten können. Seine Tätigkeit umfasst aber nicht nur allein regelmäßige Probeentnahmen auf Nahrungsmitteleinspektion, sondern erstreckt sich auf die Überwachung des Straßenverkehrs, auf Räume, Einrichtungen und Verkaufsstellen, in denen die Erzeugnisse regelmäßig teilgehalten oder verkauft werden. In den Einrichtungen der einzelnen Betriebe hat peinlichste Sauberkeit zu herrschen, Personen mit anteständigen und ekelreichen Krankheiten sind auszuschließen, Geräte, sonstige Behältnisse und Gefäße, in denen Nahrungsmittel aufbewahrt werden, müssen in einwandfreiem Zustand sein. Fleisch darf nur in sauberen Wagen befördert werden und ist bei dem Transport mit reinen Tüchern zu verdecken, damit jede Verführung mit Tieren, besonders Hunden, ausgeschlossen ist. In großen Umfassen soll angeordnet sein, wie die auf dem reichen Bedarfsgesetz der Gesundheitspolizei mittäglichen Wohlfahrtspolizeibeamten die vielen Obliegenheiten, die sich auf dem Gebiete der sozialen Hygiene herausheben, zu bewältigen haben. An den in der Ausstellung „Der Mensch“ gezeigten Bildern soll nur an einzelnen häufiger in Ercheinung tretenden Vorkommen gezeigt werden, dass die strenge Befolgung sozialer Hygiene der Grundstein eines gesunden Geistes und Körpers ist.

Februarprogramm des WBB.

Donnerstag, 3. Februar, abends 1/2 Uhr, Neues Theater: Der Wildschütz von Lorzing. Pflichtantrittsvorstellung für Bezirk Zentrum-Süden 1 bis 25 und für freie Antreihler. Mark 1.75, 2.50, 3.75, 50, 60 Pfennig.

Sonntag, 6. Februar, vormittags 11 Uhr, Alte Handelsbörsche: Morgenstern, Eintritt frei. — Nachmittags 3 Uhr, Neues Theater: Der Wassenhöchst von Lorzing. Freie Antreihrtvorstellung, Mark 2.—, 1.50, 2.50 und 50 Pfennig.

Donnerstag, 10. Februar, abends 1/2 Uhr, Altes Theater: Der Kuckucksnecht von Paul Zeh. Pflichtantrittsvorstellung für Bezirk Westen 25 bis 40 und für freie Antreihler. Mark 1.75, 2.50, 3.75, 50 Pfennig.

Sonntag, 13. Februar, vormittags 11 Uhr, Alte Börse: 7. Sinfoniekonzert. Dirigent Herm. Scherzer. Antreihler pro Einzelkarte 75 Pfennig, Nichtantreihler 1 Mark, Jugendliche und Erwerbslose 40 Pfennig. Nachzahlung auf Abonnementskarte 50 Pf.

Freitag, 18. Februar, abends 1/2 Uhr, Altes Theater: Allianz oder die gelehrte Rose von Paul Kornfeld. Pflichtantrittsvorstellung

für Bezirk Osten 41 bis 55 und freie Antreihler. Mark 1.75.

3. Rang 40 Pfennig.

Freitag, 25. Februar, abends 7 Uhr, Neues Theater: Die Zauberflöte von Mozart. Pflichtantrittsvorstellung für Bezirk Norden 56 bis 65, Auswärtige 66 bis 74 und freie Antreihler. Mark 2.50, 3.75, 50, 60 Pfennig.

Sonntag, 27. Februar, vormittags 11 Uhr, Albertshalle:

8. Sinfoniekonzert. Dirigent Bro. Löbel. Antreihler pro Einzelkarte 75 Pfennig.

Für die Theatervorstellung ist jedesmal nur eine Anzahl Karten für die Pflichtantreihler der jeweils aufgeräumten Bezirke bestimmt, so dass die freien Antreihler aller Bezirke für jede Vorstellung Karten erhalten können, wenn sie sich rechtzeitig darum bemühen.

Wintersport-Sonderzug ins Erzgebirge.

Die Reichsbahngeellschaft beschließt, den für 16. Januar 1927 vorgesehenen gewöhnlichen wegen ungünstiger Witterung leider ausfallenden Wintersport-Sonderzug 4. Klasse zu ermäßigten Preisen von Leipzig Hauptbahnhof nach Aue, Schwarzenberg, Johanngeorgenstadt und zurück nunmehr am Sonntag, dem 6. Februar, verkehren zu lassen. Der Zug wird in 2. Städteria, 2. Connewitz, Döhl, Altenburg und Görlitz auf der Hin- und Rückfahrt halten. 5.15 Uhr fährt in Leipzig Hauptbahnhof abfahren, 9.55 in Johanngeorgenstadt ankommen. Bis zur Wiederabfahrt 6.45 Uhr abends im hinteren Zeit zur Ausübung des Wintersports vorhanden. Die Fahrpreise betragen ab Leipzig Hauptbahnhof nach Aue 5.20 Mk. nach Schwarzenberg 5.70 Mk. nach Johanngeorgenstadt 6.60 Mk. ab Aue ist durch Fahrt von Sonntagsläufersfahrt nach Ebenstock Gelegenheit zum Besuch des Auersbergs geboten. Bei Fahrt einer Sportgerätekarte von je 50 Pf. für Hin- und Rückfahrt wird ein Sportgerät im Packwagen mitgeführt, aus dem einfache Spellen und warme und kalte Getränke zu mäßigen Preisen erhältlich sind. Fahrtartenkarte wie bisher beim Verkehrsverein Leipzig. Mark 4 (Verkehrs-Bureau) und am Fahrtartenkarte 2 Leipzig Hauptbahnhof Ostseite. Ausfahrt erleichtert gern Ausflugsstellen Leipzig Hauptbahnhof Weißseite und Eisenbahnhofstellektion Leipzig 1, Brandenburger Str. 3, B 1, Fernsprechamt Nr. 70221 oder 72762, Umschlagsnummer 325. Der Sonderzug verkehrt nur bei günstigem Sportwetter und ausreichender Benutzung.

Ein alter Wartevertreter.

Der Genossen Ernst Misselwitz, hat die Augen für immer geschlossen. Er wurde am 6. Juni 1861 in Schmölln (Sachsen-Altenburg) geboren. Nachdem er das Tischlerhandwerk erlernt hatte, durchwanderte er zunächst die deutschen Gaue. Schon in jungen Jahren schloss er sich der sozialistischen Bewegung an. Die Kämpfe in der Zeit des Sozialistengesetzes fanden ihn in der vordersten Front. Auch in den späteren Jahren war er ein treuer Soldat der Partei. Nach dem Tischlerhandwerk erlernt hatte er sich nicht nehmen, das Werkmaterial der Partei von Haus zu Haus, treppauf und treppab, zu tragen. Infolge seines hohen Alters stellte sich in den letzten Jahren eine Schwäche des Geistes ein, von der er nun im 76. Lebensjahr durch den Tod erlöst wurde. Die sozialistische Arbeiterschaft wird seiner stets in Verehrung gedenken. Möge er der jungen Garde immer als leuchtendes Vorbild treuer Pflichterfüllung vorschweben.

Die Genossen, die ihm das letzte Geleit geben wollen, treffen sich morgen Dienstag, 12.15 Uhr, am Eingang des Trinitatisschlosses.

Warnung an Kraftwagenführer.

Das Polizeipräsidium schreibt: In den letzten Monaten häufen sich die Fälle, in denen gegen Kraftfahrer eingeschritten werden musste, weil sie in angetrunkenem Zustand bei der Fertigung eines Kraftfahrzeuges angefahren wurden. Die unerlässliche Pflicht jedes Kraftfahrers ist, die Fertigung eines Kraftfahrzeuges nur dann zu übernehmen, wenn er hierzu im vollen Umfang imstande ist. Dies ist er dann aber niemals, wenn er sich in angetrunkenem oder auch nur ermüdetem Zustand durch den Genuss alkoholischer Getränke befindet. Die Allgemeinheit hat das unbedingte Recht, von dem Kraftfahrer zu verlangen, dass er sich ständig der ihm mit der Erteilung des Führerscheins auferlegten Pflichten bemüht ist. Verlebt er sie in gewöhnlicher Weise, wie z. B. dadurch, dass er im angetrunkenen Zustand ein Kraftfahrzeug führt, so ist er zum Kraftfahrer nicht geeignet.

Das Polizeipräsidium möchte an dieser Stelle erneut an alle Kraftfahrer die dringende Mahnung richten, sich während des Führers eines Kraftfahrzeuges von alkoholischen Getränken unbedingt fernzuhalten. Ganz abgesehen von gerichtlicher oder polizeilicher Verstrafe und Verurteilung zum Strafenzettel haben Kraftfahrer, die bei der Fertigung eines Kraftfahrzeuges im angetrunkenen Zustand angefahren werden, allein hierfür bereits die Entziehung des Führerscheins nicht unter einem Jahre zu gewältigen.

Die Verbände der Kraftfahrer werden gebeten, gegen Mitglieder, die so wenig Pflicht- und Verantwortungsfühlung besitzen, dass sie im angetrunkenen Zustand ein Kraftfahrzeug führen, mit empfindlichen Maßnahmen vorzugehen.

Tot aufgefunden.

Am 23. d. M. gegen 2 Uhr nachts, bemerkte ein Postausheiler einen menschlichen Körper mit dem Gesicht in einer großen Blutlache auf dem Straßenbelag des Täubchenweges gegenüber dem Graustummeum. Die von ihm benachrichtigte Sanitätswoche stellte fest, dass es sich offenbar um einen Verunglückten handelte, bei dem der Tod infolge Schädelbruches bereits eingetreten war. Wie der Verunglückte, ein 21 Jahre alter Handlungshelfer, ums Leben kam, ist bis jetzt noch nicht zu ermitteln gewesen. Es besteht die Vermutung, dass er von einem Gefäß - Straßenbahn - oder Kraftwagen - angefahren worden ist. Der Verunglückte war etwa bis gegen 1.30 Uhr nachts mit mehreren seiner Freunde zusammen. Möglicherweise war er verschwunden gewesen. Seine Freunde, die sich inzwischen bei seinen Angehörigen nach ihm erkundigt hatten, fanden gerade dazu, als der Tot in der Ausstellung „Der Mensch“ gezeigten Bildern soll nur an einzelnen häufiger in Ercheinung tretenden Vorkommen gezeigt werden, dass die strenge Befolgung sozialer Hygiene der Grundstein eines gesunden Geistes und Körpers ist.

Ein schleswiger Polizeibeamter.

Das Polizeipräsidium meldet: Am 28. Januar, nachmittags, hat ein Beamter der Landespolizei in der Hallischen Straße grundlos mit seiner Dienstabzeichen auf einen Passanten geschossen, dessen rechter Oberarm durch ein Geschoss zertrümmerter wurde. Der Verletzte fand Aufnahme im Krankenhaus St. Georg. Der Täter wurde festgenommen und ist nach seiner Vernehmung der Staatsanwaltschaft zugeführt worden. Aus verschiedenen Angaben ist zu schließen, dass der Mann plötzlich geisteskrank geworden ist.

Offizielle Jugendveranstaltungen. Im Rahmen der Jugendveranstaltungen des Städtischen Jugendamtes veranstaltet die Maggi-Gesellschaft am Montag, dem 31. Januar, und am Dienstag, dem 1. Februar, abends 8 Uhr (Einlass 7.30 Uhr), im Saale des Städtischen Jugendheimes, Löpertz, 2. III., eine Filmvorführung. Ein Gang durch die Maggiqualitätswirtschaft und die Maggi-Werke in Singen a. H.

Konjunkturmenschwung in Amerika.

Die amerikanische Konjunkturperiode gehört zu den Erscheinungen auf wirtschaftlichem Gebiete, von denen bewußt oder vielfach aus Unkenntnis der Tatsachen mit heiliger Scheu und wunderbarer Pietät noch in einem Augenblick gesprochen wird, wo sie schon zu existieren aufgehört haben. Das vom Organ der amerikanischen Schwerindustrie „Iron Age“ wöchentlich veröffentlichte Konjunkturbarometer berichtet über Tatsachen, die auf einen bereits erfolgten Konjunkturmenschwung schließen lassen. Als ungünstige Momente in der Konjunkturentwicklung werden dort u. a. bezeichnet: 1. die Abnahme der Bautätigkeit; 2. der Rückgang der Automobilindustrie; 3. niedrige Preise für landwirtschaftliche Produkte und damit schwache Kaufkraft der Landwirte; 4. Rückgang des Beschäftigungsgrades und der wöchentlich ausbezahlten Lohnsumme in der Industrie; 5. Steigerung der Konkurse; 6. Erhöhung der Zinssätze auf dem Geldmarkt; 7. große Vorräte in den Fabriken; 8. politische Unsicherheit. Als günstige Momente werden hervorgehoben: 1. rasche Einschränkung der Produktion in der Schwerindustrie zur Verhütung einer Überproduktion; 2. größere Beständigkeit der Preise; 3. anhaltende lebhafte Beschäftigung im Kleinhandel; 4. die Kaufkraft der Arbeiter ist immer noch groß; 5. starke finanzielle Lage der leitenden Konzerne; 6. geringe Vorräte bei den Händlern. Im ganzen dürfen jedoch die ungünstigen Momente, die auf einen Konjunkturmenschwung hinweisen, überwiegen.

Einen guten Einblick in diese „Konjunkturlogende“ gibt die jüngst in der „Financial World“ erschienene Ausstellung über die amerikanische Automobilproduktion des Jahres 1926. Bei der Schlussstellung, die die amerikanische Automobilindustrie bei Beurteilung der konjunkturellen Lage einnimmt, sind diese Zahlen besonders beachtenswert.

	Darunter von den Firmen				
	Gesamt-	Ford	General-	Hudson	Dodge
Januar	203 545	90 101	44 570	11 688	10 915
Februar	184 081	68 101	39 228	9 645	11 815
März	279 452	100 045	72 080	18 501	21 820
April	378 042	182 551	100 587	25 995	29 780
Mai	388 281	186 016	104 017	25 626	29 782
Juni	313 834	109 609	85 110	21 300	22 572
Juli	321 455	120 504	79 688	20 768	24 789
August	306 609	107 804	91 541	18 785	19 440
September	261 400	87 557	81 808	12 752	14 320
Oktober	240 942	70 551	74 688	12 252	11 780
Nov. (1.—15.)	88 678	25 886	28 228	5 825	4 227
Jan.-Nov.	2 046 375	1 050 837	802 482	181 198	201 129

Aus diesen Zahlen ist klar zu erkennen, wie stark die amerikanische Automobilindustrie infolge der großen Überraschungskräfte-

ten ihre Produktion einschränken mußte. Zuerst mußte Ford mit seiner Nutz- und Kleinwagenproduktion heruntergehen, und die General-Motor erlangten mit ihrer Zugwagenherstellung neben Ford eine wachsende Bedeutung. Doch die nahende Wirtschaftskrise ist in ihren Auswirkungen immer deutlicher zu verfolgen, und auch der Markt für Zuggerzeuge engt sich immer mehr ein.

Der letzte Zeitungsversuch: Die Automobilindustrie der Vereinigten Staaten hat sich nun auf den europäischen Markt gestürzt! Aber auch hier konnte sie keine wesentlichen Erfolge erringen, obwohl der Export durch die überdimensionalen Propagandaspenen vornehmlich schon ohne Rücksicht auf den finanziellen Erfolg betrieben wurde.

G. S.
Wihantropie ist auch Geschäft.

Der „soziale Geist“ bei Henry Ford.

Rw. Der gut eingespielte Reklameapparat des Fordschen Unternehmens hat dafür gesorgt, daß die Einführung der fünfjährigen Arbeitswoche in seinen Betrieben schnell über den ganzen Erdball verbreitet wurde und als Ausdruck seiner Fürsorglichkeit für die bei ihm beschäftigten Arbeiter genugend gepriesen wird. Aber die Wohlthatigkeit der Unternehmer hat immer ihren besonderen Zweck gehabt, und das Wesen der kapitalistischen Produktion unter dem Motto „Profit“ ist bei Henry Ford nicht abgewandelt worden. In der sozialdemokratischen Zeitung von Wilmersdorf, dem deutsch-schlesischen Vorort, war über die Schattenseiten der Fordschen Fortschritts klarlich folgendes zu lesen:

Bei Einführung der Fünftagewoche hielt es, die Löhne würden die gleichen sein wie für die Sechstagewoche. Bisher ist das Versprechen nur einem kleinen Teil der Arbeiter gegenüber gehalten worden. Dagegen müssen die Arbeiter in fünf Tagen ebensoviel leisten wie bislang in sechs. Arbeiter, die sich dem neuen Arbeitstempo nicht in vollem Maße anpassen können, werden plötzlich ohne jede Warnung oder Kündigung entlassen, darunter viele, die schon 15 Jahre in den Fordarbeiten beschäftigt waren. So haben ganze Gruppen von je 200 Arbeitern ihre Stellung verloren. Die Neuerung Fords besteht demnach in Wirklichkeit darin, daß er Untersätze für Feuerung, Dampf, Heizung, Elektrizität und viele andere Ausgaben erspart und dabei die gleiche Arbeitsleistung erhält wie früher. Nur auf diese Weise hofft Ford sich im Kampf gegen seine Konkurrenten, die keinen Vorsprung bereits weitgehend eingeschlagen haben behaupten zu können.

Der notleidende Krupp.

In dem holländischen Prospekt, der gelegentlich der Aussiedlung von 15 Mill. R.M. der im ganzen 60 Mill. M. betragenden Opfer Friede-Krupp-Unruhe veröffentlicht wird, werden einige bisher noch nicht bekannte Produktionszahlen der Gesellschaft mitgeteilt. Danach stellte sich auf den Hüttenwerken des Unternehmens im Kalenderjahr 1926 die Produktion an Roheisen auf 1 123 000 Tonnen und an Rohstahl

auf 1 441 000 Tonnen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in demselben Jahre die gesamte deutsche Kohlenproduktion auf rund 9,5 Mill. Tonnen, die deutsche Rohstahlproduktion auf 12,25 Mill. Tonnen geführt wird. Die Förderung auf den der Gesellschaft gehörenden bzw. zu ihr konzernmäßig in Besitz stehenden Kohlenzügen betrug im Jahre 1926 6 644 284 Tonnen Kohle und 1 000 528 Tonnen

Rohstahl.

Die Zahl der Beschäftigten betrug am 31. Dezember 1926 in der Gußstahlfabrik 22 280, in den Kokereien 10 700, bei der Kohlengewerkschaft 20. Konstantin der Große in Bochum 10 400 und bei der Gewerkschaft Emmerich Lippe 4873 Mann.

Über den Geschäftsgang der Gesellschaft im ersten Vierteljahr des laufenden Geschäftsjahrs wird berichtet, daß es sich

sehr gut entwickelt habe. Die Gesellschaft glaubt, falls keine wesentlichen Störungen eintreten, im laufenden Jahre ein befriedigendes Ergebnis erzielen zu können.

Nationalisierungsgewinne des Kohlenkapitals.

Über die Entwicklung der Förderungs- und Belegschaftsziffern in den deutschen Kohlenrevieren 1926 wird folgende Auflistung veröffentlicht:

	Januar	Mai	September	Dezember
Rohr	344,7	347,4	384,2	420,7
Oberketten	60,8	50,4	58,6	65,5
Niederketten	20,3	15,8	18,0	19,8
Säulen	40,6	12,0	18,1	15,0
Kassen	18,4	14,4	15,7	17,2

(Belegschaftsziffern)
Rohr 389 224 304 947 389 973 411 214
Oberketten 47 740 46 098 49 683 50 205
Niederketten 30 073 28 305 27 764 30 241
Säulen 25 678 24 912 24 788 25 908
Kassen 18 891 20 018 20 772 23 085

Die Ziffern zeigen, daß sich in der Zeit vom Mai bis Dezember die Produktion von Rohkohle um 20 Prozent, die Belegschaft aber nur um 12 Prozent erhöht hat.

Der amtliche Großhandelsindex.

Die auf den Stichtag des 26. Januar berechnete Indizesziffer der Großhandelspreise beträgt 136,9 gegen 136,6 am 19. Januar. Der Index für pflanzliche Nahrungsmittel hat sich um 0,5 Prozent, Kolonialwaren um 0,2 Prozent erhöht, für Eisen um 0,6 ermäßigt. Der Index für Textilien ist um 0,2, für Häute und Lederei um 0,8, für Baustoffe um 0,4 Prozent gestiegen, die industrielle Fertigwaren um 0,1 Prozent gesunken.

Amerikas Abwehr gegen deutsches Dumping.

Washington, 29. Januar. (W.T.B.) Schriftsteller Mellon hat gegen die Einfuhr deutscher Kohle einen Maßnahmen-Verordnung erlassen.

Die Verordnung Meltons richtet sich gegen die Einfuhr deutscher Eisens zu Preisen, die weit niedriger sind als die, die der deutsche Verbraucher deutschen Eisens zahlen muß. Das Dumping

KLEINER ANZEIGER

Verkäufe

Inventur- Ausverkauf

Schuh-Lohr
Hellebach Tor 1—5 (Meßhaus Union)
am Hauptbahnhof
und Bayerische Straße 12
am Bayrischen Bahnhof

Auf Teilzahlung
Anzüge, Hosen
Mäntel, Kleider
auch für Kinder
Karl Hartlein
Eisenbahnstr. 33, II.

Von Herrschaften
wenig getrocknete
Bett-, Warberobe
billig zu verkaufen
Borchestr. 12, II.
Ein- u. Verkaufsstell

Bitte schicken Sie den Text Ihrer
Anzeige
bis 9 Uhr vormittags des betr. Tages
ein, damit wir selbstig wunschgemäß und
wirkungsvoll
gestalten können

Ball-, Tanz- u.
Gesellschafts-
Kleider
in Samt, Seide u.
Pantoffelstoffen
von **11,75** an
Röntgen-
dinner Kleider
in Wolle, Samt u.
Seide
von **8,75** an

Hermsdorf
Grimmelscher
Steinweg 8
1. Etage
Diskrete Zahlungs-
Erleichterung ohne
Preisausschlag!

Seldene
Lampen-
Schirme
Durchmesser 50 cm
M. 18,50
Durchmesser 60 cm
M. 17,—

Werkstätte für
Kunstgewerbe
Hedwigstraße 9
Nummer 21 und
beidseitig

**Der
weisse Rabe
unter den
4Pf.Cigaretten
Warum?
Weil es eine
andere
4Pf.Cigarette
von dieser
Qualität
nicht gibt.**

RARITÄT
ist die meistgerauchte, weil weit aus
beste 4Pf. Cigarette Deutschlands.
HALPAUS-CIGARETTEN-FABRIK G.M.B.H. BRESLAU UND KÖLN



Auf Kredit
Schränke
mit 50% Rangzahlung
Scherbel
Trimmaiseho St. 26
Katharinenstr. 25

Kinderwagen
Klapprwagen
Puppenwagen
Felix sofort. Mitte.
Elsterstraße 48, I.

**Wir
drucken
alles**
LEIPZIGER BUCHDRUCKEREI A.-G.
LEIPZIG C1 + RUF 72206

Kaufgesuche

Günstiger Einkauf möglich
Rohfelle
wie Kanin, Hasen, Ziegen u. a.
J. & J. Wagner, Brühl 21.

Diverses

Ehrenerklärung.
Die von mir am 20. Dezember 1926
über Herrn Georg Seeling in Leipzig
so getroffenen beliebigen Äußerungen
nehme ich mit dem Ausdruck des größten
Bedauerns zurück und erkläre meine Be-
hauptungen für unrichtig.

Josef Giombitsz
Leipzig, Wittenberger Straße 23

Ihr Antrag wird „wie neu“ ge-
reinigt u. gebündelt
4,50.— Abhol. u. Zul.
frei. Posten genutzt an
Reinigung, Umdrehung
L. Orlitz, Bürkhardtstr. 6

**Schuh
Bähr**
Reparaturen
L.-Lindenau, Gundorfer
Straße, Ecke Spittastraße,
Plagwitz, Jahnstraße 42
Jede Reparatur **sofort**

der deutschen Schwerindustrie zeigt, daß auch nach der Bildung der kontinental-europäischen Rohstoffgemeinschaft der Kampf um den Weltmarkt nicht weniger heftig geworden ist, sondern sich eher verstärkt hat.

Dividenden.

In der Aufsichtsratssitzung der Allgemeinen Elektricitäts Gesellschaft, die sich mit dem Jahresabschluß beschäftigte, wurde beschlossen, der Generalversammlung eine Dividende von 7 Prozent vorzuschlagen gegen 6 Prozent im Jahre vorher. Der Reingewinn ist von 8,4 auf 10,7 Millionen Mark gestiegen.

*
Der Aufsichtsrat der Ritter-Werkzeugmaschinenfabrik A.G. in Leipzig-Wahren hat den Beschuß gefaßt, für 1926 die Verteilung einer Dividende von 7 Prozent vorzuschlagen gegen 10 Prozent im Jahre vorher. Man darf gespannt sein, mit welcher Begründung die Firma dieses Ergebnis den sehr enttäuschten Aktionären schmäht machen wird.

Rundfunkprogramm

Dienstag, den 1. Februar. Wirtschaft: 10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Woll- und Baumwollpreise; amerikanische Metallarbeiten des Vorabends. 12.30 und 13.30 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen. 2.45 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Baumwolle, Landwirtschaft, Berliner Del-Nots. 3.25 Uhr: Berliner Deutschen amtlichen Berliner Produktionsamt am 1.4. Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Wiederholung von 2.45 und 3.25 Uhr und die laufenden Produktionsberichten, Berliner Butter, Berliner Metalle am 1.4. Berliner Schrot. 4.10 Uhr: Forschung für Baumwolle, Londoner Metalle am 1.4. und Landwirtschaft. 5 Uhr: Wirtschaftsnachrichten; Deutsche Zeitungen, Unterhaltung und Belehrung. 10.05 Uhr: Verkehrsfunk, Weiterdienst und Schneebereich. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Weiterdienst und Vorauslage (Deutsch und Esperanto und Schneebereich). 12 Uhr: Mittagsmusik auf einem Sprach- und Schallplattenapparat der Firma J. J. Heinz. 12.55 Uhr: Rauener Zeitzeichen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3.30-4 Uhr: Deutsche Presse, Berlin. Überlebensbericht. Dr. Schoneberg: "Die Förderung der Begegnung und die Schülerausfahrt." 4.30-5.30 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. 5.30-6 Uhr: Frauenfunk. D. U. Maria von der höheren Schule für Frauenberufe: "Frauenberufe, Weisen, Voraussetzungen und wirtschaftliche Ausichten." 6.05-6.30 Uhr: Leseproben aus den Neuerheinungen auf dem Büchermarsch. 6.30-6.55 Uhr: Deutsche Presse, Berlin. G. v. Eysener und C. M. Alziger: Spanisch für Anfänger. 7-7.30 Uhr: Dir. Dok: "Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Leipziger Technischen Messe." 7.30-8 Uhr: Dr. Heub: "Berühmte Nieder in verschiedenen Fassungen." 2. Teil. 8 Uhr: Wettervoraussage, Schneebereich und Zeitangabe. 8.15 Uhr: Sinfoniekonzert. Dirigent: Alfred Szendrei. Solist: Professor Otto Weinreich (Klavier). Filigel: Blümner. Das Leipziger Sinfonie-Orchester. 10 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 10.15-12 Uhr: Tonamml. Das Mognet-Orchester.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte: Heute: Deutsches Buffet mit Rotkohl 75,- Morgen: Gedämpfte Rinderrouladen mit Kidde 1.10

SPD.

Ortsverein Plagw.-Lind.-Schleußig

Dienstag, den 1. Februar, abends 8 Uhr
General-Versammlung
in Schloß Lindenhof

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Frenzel: Der historische Materialismus. 2. Bericht des Vorstands u. der Kommission. 3. Neuwohl. 4. Mitteilungen.

Der Besuch der General-Versammlung ist Pflicht eines jeden Mitgliedes. — Das Mitgliedsbuch dient als Ausweis

Der Vorstand.

Bund sozialist. Freidenker

Bezirk Leipzig

Veranstaltungen im Februar:

Zindenausstellung: Donnerstag, 3. Februar 1927, 18 Uhr, Felsenfeier, Generalversammlung.
Leipzig-Ost: Mittwoch, 9. Februar, 18 Uhr, Reichsschulen, Generalsammlung und Vortrag des Genossen Schlesier über: Arbeiterdichter.
Großdeutscher: Freitag, 11. Februar, 8 Uhr, Lindengarten, Vortrag des Gen. Theo Mayer.
Connenwitz-Löhne: Dienstag, 15. Februar, 8 Uhr, Sächsisches Haus Connenwitz, Räthbübertrag: Das Leben der Gelehrten Ref. Gen. B. Gottschalk.
Süd-Ost: Donnerstag, 17. Februar, 18 Uhr, Löwendorf Stötteritz, Räthbübertrag: Aus der Praxis der Arbeitschule.
Kleinlöblicher: Freitag, 18. Februar, nachmittags 5 Uhr, Löblicher Schule, Räthbübertrag für Kinder: Eine Reise durch das Ergebrige und Lustiges Altertum, abends 8 Uhr: "Gulfane und Erdbeben". Ref.: Gen. Laube.
Alt-Leipzig: Montag, 21. Februar, 14.30 Uhr, Volkshaus, Räthbübertrag über: "Aind und Kunst", anschließend Generalversammlung.
Der Bezirksvorstand.

Umfällige Bekanntmachungen.

Die Maul- und Klauenpest in Engelsdorf — Ortsteil Sommerfeld, Ratsgut — ist erloschen.
Die angeordneten Schutzmaßnahmen werden aufgehoben.
Leipzig, am 28. Januar 1927
Die Amtshauptmannschaft.

Pionier
Platz-Karmeliten
Teilnahme / Miete
auch nach aussichtsreicher
HUGACO
Markgrafenstr. 10

Jeder Partei- und Gewerkschafts-
genosse kaufte seine geistige
Nahrung nur in seiner
Parteibuchhandlung!
Wir empfehlen unser reichhaltiges Lager
aus sämtlichen Wissensgebieten
Leipziger Buchdruckerei A.G.
Abteilung Buchhandlung und deren Filiale

Aus Nah und Fern.

Mord oder Tötung auf Verlangen? Ein Leipziger vor dem Frankfurter Schwurgericht.

Ein 22-jähriger Jüngling steht unter der schweren Anklage des Mordes vor dem Schwurgericht Frankfurt am Main. Seine Neuerungen alten Käste und Teilenahmslosigkeit, und es ist nicht unzutreffend, wenn ein Zeuge von ihm sagt, daß einer mißtraulichen, scheuen Einbruch macht und sein Gesichtsausdruck etwas Verdächtiges, Unrechtes an sich hat. Kart Hanschmann, seines Zeichens Graveur, ist unchillisch in Leipzig geboren worden. In einem Vorort der Kleinstadt von Plegeeltern erzogen, ist er später in Hause seiner Mutter gewesen, nachdem sie sich verheiratet hatte. Als Volkschüler belam er im Abgangszeugnis für sein Betragen die Note sehr gut und seine Leistungen wurden als gut bezeichnet. Dann lernte er vier Jahre als Graveur. Als 1923 die Zeiten schlechter wurden, plante er, zur Marine zu gehen, ist aber dann doch seinem Beruf treu geblieben und befand sich seit November 1924 in Frankfurt in Gefangenschaft. Er knüpfte Beziehungen zu Dienstmädchen Maria Kleopha an, das er dann am 10. Juni 1926 im Südbahnhof des Hauptbahnhofs erschossen hat. Hanschmann behauptet, daß er damit nach dem Willen des langenfristigen Mädchens gehandelt habe. Die Anklage aber steht auf dem Standpunkt, daß es dem Angeklagten darum zu tun war, das ihm lästig gewordene Mädchen loszuwerden.

Bei dem Verhör des Angeklagten folgt man spannungsvoll der Verlesung seines Befreiungsbriefs mit seinen Eltern. Die Mutter hat kein Bestes gewollt; es fehlt nicht an Ermahnungen und Ratshilfen zum Guten, aber es mangelt auch keineswegs an Ausdrücken der Empörung über sein Benehmen. Es wird dann das Verhältnis des Angeklagten zu seiner Braut erörtert, die er im Sommer 1925 auf einem Tanzvergnügen kennlernte. Im November 1925 kam das Mädchen wegen eines Leidens in die Heilstätte Ruppertsgrün. Im Januar 1926 soll die Kleospie zum erstenmale gesagt haben, daß sie keine Lust mehr habe zu leben, und bei einer Zusammensetzung im März habe sie über Schmerzen und Atemnot gesagt und gesagt, sie werde nicht mehr gefunden. Sie habe es so überdrüssig gehabt, daß sie ihm sagte, er solle ihr das Leben nehmen.

Von den Tatvorgängen gibt der Angeklagte die folgende Schilderung: Im Hauptbahnhof habe er seiner mit ihm von einer Reihe zufriedehenden Braut, nachdem man sich von einer Reihegleiterin getrennt hatte, gesagt, er habe ihr etwas wichtiges mitzuteilen, und er habe ihr dann im Südbahnhof, dort wo die Fahrpläne aufgestellt sind, erklärt: "Ich habe dir weiter nichts zu sagen, als das eine, daß ich den Willen zur Weise habe. Ich habe bisher nicht den Mut aufgebracht, aber jetzt habe ich mich zusammengetraut." Die Kleospie habe erwidert: "Mach'satz, aber komm auch mit." Nach den früheren Angaben hat Hanschmann gesagt, er hätte den Revolver erhoben und zunächst einen Schuß abgegeben, und darauf sei die Kleospie zu Boden gestürzt. Er habe auf den Kopf geschossen. Während des Galgens habe er noch weiter geschossen, bis kein Schuß mehr aus der Pistole herauskam. Der Vorstehende erwähnt, daß der Angeklagte weiter angab, er hätte die Würstchen geschnitten, sich auch zu erschießen, aber das sei nicht mehr gegangen, weil schon alle Augen abgeschossen waren. Der Angeklagte ist zunächst zur Bahnhofswache gefommen, wo ihm ein Beamter mitteilte, daß

das Mädchen tot sei. Darauf habe er erwidert: "Gott sei Dank, daß sie von ihrem Leid nicht besorgt ist." Es wird dann erwähnt, daß der Angeklagte später im Polizeipräsidium lag mit einem Rasermeister, das er in der Tasche hatte, in den Hals schnitt.

Es folgt die Vernehmung der Zeugen. Der Kellner M. im Wirtesaal erster Klasse ließ, als der erste Schuß fiel, hinaus, ging aber in Deckung, weil der Angeklagte mit der Waffe herumzustellen und weitere Schüsse auf das Mädchen abgab, das beim zweiten Schuß niedersank. Nachdem sieben Schüsse gefallen waren, sei er mit seinem Kollegen zugesprungen und habe den Angeklagten festgestellt. Auf Befragen glaubt sich der Zeuge zu erinnern, daß der Angeklagte sagte: "Ich habe sie auf ihren Wunsch erschossen." Zwei andere Zeugen bestätigten diese Bekundung. Kriminalkommissar Römer schildert die erste Vernehmung des Angeklagten, der immer betont habe, er habe das Mädchen von ihrem Leid befreien wollen.

*
Um zweiten Verhandlungstage (Freitag) kamen weitere Zeugen und die Sachverständigen zu Wort. Der Staatsanwalt beantragte wegen Mordes die Todesstrafe. Das Gericht verurteilte den Angeklagten nach dreißigjähriger Beratung wegen Totschlag zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehreverlust.

In Bayern herrscht Ordnung.

Aus Rosenheim in Bayern wird gemeldet: Zum Schaden des Bezirks Aibling unter Führung der 88jährige Bezirksamtsleiter Robert Reges innerhalb 2½ Jahren 125 410 Mark erworbene Gelände. Das Schöffengericht Rosenheim verurteilte Reges jetzt zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehreverlust. Rund 80 Prozent der unterschlagenen Summe sind verjüngt worden.

Zweifelhafte Vaterschaft.

In dem thüringischen Dorfe Milda genäß ein Mädchen eines Kindes, aber niemand wollte der Vater sein. Da gehabt es nun, daß die Mutter des vaterlosen Kindes in der Lotterie 25 000 Mark gewann. Dies bewirkte ein wahres Wunder: Sechs Männer fanden nämlich plötzlich heraus, daß das herige Kind eigentlich eine untrügliche Lehnlichkeit mit ihnen habe und sie wollten jetzt alle Vater sein. Die Mutter gab aber allen einen Korb und nahm einen liebenen, der ihr nun in „wahnschaffter Liebe“ zugetan sein soll!

Die modernen Reformen in der Tüte haben einen berartigen Rückgang der Ausfuhr von Fas aus der Tschechoslowakei zur Folge gehabt, daß die Attitengefäß der Gesellschaft beschlossen hat, den Betrieb, der Baumwollspinnerei in Pilic einzustellen. Die gesamte Arbeiterschaft, etwa vierhundert, hat bereits die Rücksicht erhalt.

In Kanada haben sich die Blindenvereine zu einem Verband zusammengeschlossen, um zu erreichen, daß ähnlich wie im Mutterland England ein Blindengesetz erlassen wird, das eine Blindrente für die betroffenen Blinden vorsieht, welche der öffentlichen Hilfe bedürfen. Das Gesetz soll den Blinden dorof bewahren, daß er wegen seines Leidens der Armenunterstützung verfällt.

Familien-Nachrichten

Wieder einer von der alten Garde.

In der Nacht zum Sonnabend verstarb nach langem Leid unser braver Genosse und langjähriger Streiter im Kampfe gegen das Ränkespiel der Reaktion.

Ernst Misselwitz

im Alter von 76 Jahren. Wir alle werden ihn im ehrenden Andenken behalten.

Sektion Anger.

Statt Karten.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme sowie den herlichen Blumenstrauß beim Hinscheiden meines lieben und sehr lieben verstorbenen Sohnes, Frau

Hedwig Grändörfer

geb. Ziegler

bedanken wir hierdurch allen Verwandten und Bekannten sowie den lieben Hausbewohnern unseres liebgeliebtesten Danck aus. Besonders Danck Herrn Theo Mayer für seine trostreichen Worte.

Der trauernde Gatte und Sohn nebst Angehörigen.

Für die zahlreichen Grußworte und Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines geliebten Gatten unseres guten Vaters, Herrn

Paul Arndt

bedanken wir hierdurch allen Verwandten, Freunden, Bekannten und Hausbewohnern sowie dem Deutschen Verkehrs Bund herzlichen Danck. Danck auch Herrn Pastor Behrend für die trostreichen Worte.

Paul Arndt, der 31. Januar 1927.

Elisabeth verw. Arndt und Kinder.

Statt Karten.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegervaters, Großvaters und Onkels

Friedrich Ernst Thiele

sagen wir hierdurch allen Verwandten und Bekannten sowie den Hausbewohnern unseres herzlichsten Dank.

Leipzig W. 53, Calvisiusstraße 53, I. I.

Sophie verw. Thiele nebst Hinterbliebenen.

Sonntag früh verschied nach schwerem Leid
meine liebe Tochter

Elsa Hanschmann

im Alter von 22 Jahren.

Die Beerdigung erfolgt Dienstag, den 1. Februar,

mittags 12 Uhr, von der Halle des Südfriedhofes aus.

Beleidungsbesuche werden dankend abgelehnt.